

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Boten frei ins Haus monatlich 14 M. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtspaltige Zeile oder deren Raum 3,00 M., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 2,50 Mark, Reklamen 12,00 Mark. Geschäftsstelle: Johannisstr. 46. Fernruf: 926



TAGESZEITUNG FÜR DAS ARBEITENDE VOLK

Lübecker Volksbote

Nummer 54.

Sonntag, den 4. März 1922.

29. Jahrgang.

Das Reichsmietengesetz angenommen.

Reichstag.

179. Sitzung.

Freitag, 3. März, nachmittags 2 Uhr.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst

kleine Anfragen.

Eine allgemeine Schadenersatzpflicht bezüglich der durch den Eisenbahnerstreik verdochten und vernichteten Güter und Lebensmittel (Anfrage des Abgeordneten Wienbeck (D.N.P.)) kann die Reichsregierung nicht anerkennen. Die Frage wird im Verkehrgesetz noch näher geprüft werden.

Meier-Zwidau (S.D.) fordert Maßnahmen, durch die die Lohn-, Gehalts- und Rentempfangler, sowie die erwerbsunfähigen Kleinrentner in den Stand gesetzt werden, die Folgen der eingetretenen Brotpreiserhöhung in voller Auswirkung zu ertragen.

Ministerialrat Kühnemann erkennt die Notlage an. Die Nachprüfung der Beamtengrundgehälter wird noch in diesem Monat abgeschlossen werden. Für die Rentempfangler und die Kleinrentner stehen Hilfsmaßnahmen bevor.

Giebel (S.D.) beschwert sich über die Anstellung des Rechtsanwalts Helfft als Regierungsrat beim „Trennhändler für das feindliche Vermögen“, obwohl Helfft als Vorsitzender eines Berliner Wohnungsamts wegen Bestechlichkeit zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt worden ist. Im Kapp-Putsch demonstrierte Helfft für das Gelingen dieses Hochverrats, indem er während der Kapp-Tage im Dienste die frühere Offiziersuniform trug.

Staatssekretär Dr. Müller erwidert, daß Helfft nach zweijähriger Bewährung angestellt worden ist. Die Verurteilung erfolgte, weil er für eine an sich nicht pflichtwidrige Handlung Geld angenommen hat. Jetzt ist Helfft bis zum Abschluß der Untersuchung gegen ihn beurlaubt. Die Organisation des Trennhändlers ist derartig, daß persönliche Bereicherung ausgeschlossen ist. Die Ermittlungen gegen den Affessor Schlange, der außerhalb des Dienstes fast täglich offen die „Judenregierung“ beschimpfen soll, sind noch nicht abgeschlossen. Von einem Demonstrieren des Helfft für das Gelingen des Kapp-Unternehmens kann nicht die Rede sein.

Nach Erledigung weiterer kleiner Anfragen folgt die dritte Lesung des

Reichsmietengesetzes.

an die sich sofort die Abstimmung anschließt.

Gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei wird der § 1 angenommen.

Nach § 10 kann die oberste Landesbehörde die Hundertstädte für Betriebs- und Instandhaltungskosten für das Land oder für bestimmte Gemeinden oder Gemeindeteile selbst festsetzen oder die Festsetzung der Gemeindebehörde überlassen, vor der Festsetzung sind die Vermieter und Mietervertreter zu hören. § 10 wird im Sammel sprung mit 183 gegen 152 Stimmen angenommen.

Beim § 16, der die Mietervertretung festlegt, wird auf Antrag des Zentrums, dem alle bürgerlichen Parteien zustimmen, aus der Zwangsformel eine Sollschrift gemacht.

Das Gesetz tritt spätestens am 1. Juli 1922 in Kraft. Es soll am 1. Juli 1926, wie ein Antrag verlangt, wieder außer Kraft treten.

Hendemann (Komm.) gibt eine Erklärung ab, die betont, daß das Gesetz keineswegs das Wohnungselend beseitigt, daß aber die Kommunisten trotz aller Halbheiten dem Gesetz zustimmen. (Schallende Heiterkeit rechts und in der Mitte.)

Reithien (D.N.P.) erklärt namens seiner Fraktion, das Gesetz beseitigt die Wohnungsnot nicht, vermehre die Bureautratie. Bestimmend für die Haltung der Deutschen Volkspartei sei auch, daß die kommunistische Partei sich für das Gesetz erklärt habe. (Heiterkeit links.)

Kuhnt (U.S.P.): Trotz der Befristung wird die Unabhängige Partei dem Gesetz zustimmen.

In der Gesamtabstimmung wird das Reichsmietengesetz mit 202 gegen 168 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, die Mehrheit der Demokraten und ein Teil des Zentrums.

Es folgt nun die Abstimmung über die von dem Abg. Dr. Herzfeld (Komm.) eingebrachte Entschließung, die die Rückgängigmachung der Auslieferung der Mörder des spanischen

Ministerpräsidenten Dato fordert. Die Entschließung wird abgelehnt.

Dr. Rosenfeld (U.S.P.) erklärt nachträglich, daß auch seine Fraktion die Auslieferung mißbilligt. Die Forderung der Rückgängigmachung bedeutet dagegen nur eine leere Demonstration. Es folgt nun die Fortsetzung der Beratung des

Haushaltsplanes des Reichsfinanzministeriums.

Die Ausschüßanträge auf Vorlegung von Denkschriften über die industriellen und kaufmännischen Unternehmungen des Reiches und über die Vereinfachung der Verwaltung werden angenommen. Der Antrag Herzfeld (D.N.P.) auf Auflösung des Reichsfinanzministeriums am 1. April 1923 wird gegen die Stimmen der Deutschnationalen abgelehnt.

Dr. Wienbeck (D.N.P.): Ich wünsche von der Regierung Auskunft darüber, wie sie die Konkurrenz der Deutschen Werke gegenüber dem mittleren und Kleingewerbe vermeiden will.

Stücken (S.D.): Das sich im Ausland befindende Heeres- und Marinegut kann die Regierung nur auf diplomatischem Wege erhalten. Die Veräußerung der Immobilien, die im Reichsbesitz stehen, durch die Reichstreuhandgesellschaft ist unzulässig. Das Reich hat alle Veranlassung, seinen Besitz festzuhalten. Die Deutschen Werke machen nicht allein dem Handwerk Konkurrenz, sondern auch der Großindustrie. Zum Produzieren sind sie da. Das in sie gesteckte Kapital muß sich verginsen. In diesem Jahre wird noch kein Gewinn erzielt werden. Für die Zukunft hoffen wir jedoch auf Besserung. Auch wir wollen die Erhaltung des Handwerks, aber die Reichsbetriebe können darunter nicht leiden. Die Entwicklung zum Großbetrieb kann nicht aufgehalten werden. Die Reichsbetriebe müssen leistungsfähiger ausgebaut werden. Wenn man glaubt, daß durch die Deutschen Werke das Reich mit der Sozialisierung beginnt, so ist dem nicht so. Heute kann nicht sozialisiert werden. Wir hoffen, daß wir später einmal dazu kommen.

Reichsfinanzminister Bauer: Die Errichtung der orthopädischen Werkstätten war eine dringende Notwendigkeit. Das orthopädische Gewerbe wird auch noch in 30 bis 40 Jahren Hochkonjunktur haben. Es kann den Anforderungen der mit verkrüppelten Gliedern herumlaufenden Kriegsbeschädigten nicht im entferntesten entsprechen. Die anderen Reichsbetriebe machen dem Gewerbe ebenso wenig Konkurrenz. Die Elektrizitätswerke und die Stromversorgung sind fast ausschließlich in Händen öffentlicher Anstalten. Auch die Aluminiumherstellung liegt fast ausschließlich in Reichshänden, ebenso ist es mit der Stoffsstoffherstellung. Der Feindhaß gegen die Deutschen Werke liegt die Beteiligung des Reiches an diesem Betriebe zugrunde. Hätten wir vielleicht 14 einzelne Privatbetriebe, so würden sie genau so den andern Großbetrieben und dem Handwerk Konkurrenz machen. (Beifall.)

Hoch (S.D.) hält die bei der Geschäftsstelle des Reichsfinanzministeriums in Hanau bisher vorgenommenen Untersuchungen für die reifste Feststellung einer Schädigung des Reiches für unzureichend.

Damit ist die zweite Lesung des Reichsfinanzministeriums erledigt.

Es folgt sodann die Beratung des Etats des

Reichsministeriums für Wiederaufbau.

Riedmüller (S.D.): Es handelt sich hier um ungeheure Summen und um einen mit ungeheuren Schwierigkeiten verknüpften Gegenstand. Die Entschädigung der Auslandsdeutschen ist besonders wichtig. Die Sparfamkeit darf nicht die Arbeitsfähigkeit beeinträchtigen. Der Abbau der Kolonialverwaltung scheint abschließlich in die Länge gezogen zu werden, weil man noch Hoffnung hat, daß wir unsere Kolonien wiederbekommen. Selbst für diesen Fall wären ja die betreffenden Arbeitskräfte auch nach Auflösung der Kolonialverwaltung nicht verloren.

Ministerialdirektor v. Brand erklärt, daß die Entschädigungen soweit geleistet werden sollen, soweit sie mit den Reichsinteressen vereinbar sind.

Dauß (D.N.P.): Es muß nachgeprüft werden, ob auch bei diesem Ministerium nicht Ersparnisse erzielt werden können.

Dr. Wienbeck (D.N.P.): Die geschädigten Auslandsdeutschen wundern sich, daß sie für etwas, was ihnen gehört, nur einen Wortschlag bekommen sollen. In dem Ausschuß des Reichstages hat man merkwürdigerweise über das neue Sachlieferungsabkommen nichts Genaueres erfahren können.

Das Haus vertagt sich auf Sonntag, 1 Uhr. Schluß 6 Uhr.

Der Abbau des Beamtenapparates.

Von W. Steinkopf.

Der Hauptausschuß des Reichstages hat sich endlich entschlossen, bei verschiedenen Ministerien Beamtenstellen hauptsächlich der obersten Gruppen zu streichen. Der Zweck, der mit dem Streichen der Stellen erreicht werden soll, ist einmal, die überfüllten Amtsstuben etwas zu leeren, zum anderen die Personalausgaben im Etat zu reduzieren.

Der erste Zweck wird mit dem Streichen der Stellen erfüllt. Allerdings wird dann auch mit dem Unjug ausgeräumt werden müssen, daß es den höheren Beamten überlassen bleibt, ob und wann sie zum Dienst erscheinen. Für sie müssen die Dienststunden ebenso angesehen werden und auch gelten, wie für die anderen Beamten.

Anderes steht es dagegen mit der Ersparung der Personalausgaben. Hier ist mit dem Streichen der Stellen im Etat garnichts erreicht, denn wenn man auch die überzähligen Beamten aus den Amtsstuben entfernt, so müssen ihnen die Gehälter nach dem Gesetz weitergezahlt werden. Man muß diese Beamten also mit vollem Gehalt zum Nichtstun verurteilen oder schleunigst das Reichsbeamtengesetz entsprechend ändern. Diese Forderung ist bis heute leider unerfüllt geblieben.

Aber selbst wenn die gewünschte Gesetzesänderung erfolgt, bleibt die große Frage offen: wer bleibt im Amt und wer geht oder vielmehr wird gegangen? Die Antwort darauf ist nicht einfach. Es wäre Blindheit, wollte man sich verhehlen, daß die zwangsweise Entfernung aus dem Amt sehr wohl benutzt werden kann, politisch mißliebige Persönlichkeiten — und linksgerichtete Beamte sind nach der heute in sämtlichen Reichsministerien Auffassung immer mißliebige — zu entfernen.

Es ist denkbar und sogar wahrscheinlich, daß sich eine ganze Anzahl Beamte zum freiwilligen Ausscheiden melden wird, wenn man ihnen den Uebergang zu einem anderen Beruf durch Gewährung des vollen Gehalts auf ein paar Jahre mit nachfolgender Pensionierung, auf die ja ein unveräußerlicher Rechtsanspruch besteht, und Aufhebung der Präsenzpflicht erleichtert. Man erreicht damit, daß nach Ablauf dieser Uebergangszeit die Personalausgaben mit Sicherheit bedeutend sinken.

In zweiter Linie käme die Pensionierung der alten Beamten in Betracht. Ein Gesetz, das alle über 60 Jahre alten Beamten in den Ruhestand versetzt — Ausnahmen in den allerhöchsten Stellen sind denkbar, müßten aber vom Kabinett bestätigt werden, — würde Luft schaffen und eine Senkung der Personalausgaben herbeiführen. Ganz objektiv betrachtet wäre dies auch erträglicher als die auf Wartegelddsetzung jüngerer Beamten mit heranwachsenden Kindern. Allerdings hat ein solches Gesetz seine Schwierigkeiten. Das preußische Zwangspensionierungsgesetz, durch welches die über 65 Jahre alten Beamten pensioniert wurden, ist durch Reichsgerichtsurteil für die richterlichen Beamten bereits gefallen. Ob es für die anderen Beamten bestehen bleibt, darüber wird der kurz bevorstehende Termin vor dem Reichsgericht Klarheit bringen.

Weiter wird, abgesehen von Fähigkeit und Leistungen, auch auf die sozialen Verhältnisse der auf Wartegeld zu Setzenden Rücksicht genommen werden müssen. Und hierbei wird auch die Frage auftauchen, ob man es rechtfertigen kann, einen Familienvater ins Exil zu schicken, während die verheiratete Beamtin im Dienst verbleibt, auch wenn ihr Ehemann eine auskömmliche Existenz hat. Diese Frage könnte man durch Gewährung von Abfindungssummen an die verheirateten und verlobten Beamtinnen zur Ablösung ihrer Pensionsansprüche in befriedigender Weise lösen.

Zunächst muß aber unbedingt verlangt werden, daß keine Neueinstellung von Beamtenanwärtern erfolgt. Der sich für die nächsten Jahre ergebende Bedarf kann aus den vorhandenen Beamten und Wartegeldempfängern sehr gut gedeckt werden. Um Nachwuchs brauchen wir heute nicht bange zu sein. Wenn er nach Jahren unbedingt notwendig ist, wird er auch vorhanden sein. Andererseits muß aber gefordert werden, daß man die Wartegeldempfänger bei Verlust ihrer Ansprüche zwingt, auch Dienststellen zu übernehmen, die zwar nicht ihrem Rang entsprechen, deren Annahme ihnen aber unter den heutigen Verhältnissen billigerweise zugemutet werden kann. Ein entsprechender Gesetzentwurf ist in Vorbereitung.

Doch, trotz allem Notwendigen und Unvermeidbaren, darf man sich nicht darüber täuschen, daß allein mit der Ersparung von Personalausgaben die Beseitigung des Defizits vom Etat der Friedensausführung ganz abgesehen — nicht möglich ist. Es wäre deshalb zu wünschen, daß der Haupt-

Rücktritt Lloyd Georges am Mittwoch?

Französische Besorgnisse.

Paris, 4. März.

Aus London wird gemeldet: In einer Unterredung mit Chamberlain über das Ultimatum Lloyd Georges an die Unionisten erklärte deren Führer, daß er von seinem Standpunkt nicht abgehen könne, worauf Chamberlain zu verstehen gab, daß die gesamte Regierung zurücktreten werde. Die Krisis scheint also wieder eine Verschärfung erfahren zu

haben. Man befürchtet jetzt allgemein in maßgebenden Kreisen, daß Lloyd George seine Drohung, am kommenden Mittwoch zurückzutreten, wahr machen werde.

II. Paris 4. März. (Berl. Tagebl.)

Millet schreibt im „Paris Midi“: Wenn Lloyd George zurücktritt, wird eine Mehrheit der Linken den Vorteil davon haben. Außenminister wird wahrscheinlich Lord Robert Cecil. Der Pakt zwischen England und Frankreich würde von der Opposition der Arbeiterpartei zunichte gemacht werden.

ausschuss des Reichstages seine abtreibende Tätigkeit auch auf die sachlichen Ausgaben ausdehnt und zwar in der Weise, daß er sich dazu aufrafft, die Monopolstellung der Industrie in der Frage der Preisbildung für die sachlichen Bedürfnisse des Reiches und seiner Betriebe zu durchbrechen.

Die Zwangsanleihe.

Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ teilt mit: Am Freitag abend erläuterte der Reichsfinanzminister Dr. Hermes in einer Besprechung mit den Regierungsparteien über die Steuerfragen die Grundzüge, die bei der Erhebung der Zwangsanleihe geplant sind. Eine Erhebung nach der Einschätzung zum Reichsnotopfer kommt, wie der Reichsfinanzminister ausführte, nicht in Betracht, weil seit dieser Einschätzung eine große Verschiebung der Vermögensbestände stattgefunden hat. Die Grundlage zur Erhebung der Zwangsanleihe soll der Vermögensbestand vom 31. Dezember 1922 bilden. Man rechnet mit einer durchschnittlichen Belastung von 5 Proz. des Vermögens. Von der Zwangsanleihe befreit sind nach den Plänen des Reichsfinanzministers Vermögen von etwa 250 000 Mk. und solche Personen, deren Einkommen weniger als etwa 30 000 Mk. im Jahre beträgt. Die Abgabe soll je nach der Größe des Vermögens 1 bis 10 Proz. gestaffelt werden. Eine 10prozentige Abgabe dürfte bei einem Vermögen von mehr als 5 Millionen Mark erreicht sein. Würde die Erhebung der Anleihe nach der Einschätzung zur Vermögenssteuer vom 31. Dezember 1922 erfolgen, so wäre mit einem Eingang der Anleihebeträge erst für den Sommer 1923 zu rechnen. Deshalb sollen besondere Vorschriften zur teilweise Vorauszahlung erlassen werden. Die Einzahlung beabsichtigt man nach einer vorläufigen Selbsteinschätzung zu regeln. Um für die Vorauszahlungen einen Anreiz zu geben, sind für Einzahlungen, die bis zum 1. Juli 1922 erfolgen, Prämien vorgesehen. Für spätere Einzahlungen, etwa nach dem 1. Oktober 1922, sind gewisse Zuschläge geplant — also eine Mehrbelastung. Für solche Personen und Unternehmungen, deren Vermögensbestände nur schwer festzustellen sind, sollen die Vorleistung zur Anleihe nach der Einschätzung zum Reichsnotopfer erhoben werden können. Es ist geplant, in dem Anleihegesetz auch den Zinsfuß festzulegen, der nach den ersten zinsfreien 3 Jahren gewährt werden soll.

Die Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion brachten in der anschließenden Aussprache zum Ausdruck, daß aus außen- und innenpolitischen Gründen sehr bald für die Einzahlung großer Teile der Anleihe Sorge getragen werden muß. Ferner hielten es die Vertreter unserer Fraktion nicht für ratsam, daß eine Prämie auf die Vorleistungen gewährt wird und forderten einen möglichst frühen Termin, an dem eine stärkere Belastung erfolgen soll. Genannt wurde der 1. Oktober 1922. Auch legte die Sozialdemokratie Wert darauf, daß der Zinsfuß nach den ersten 3 zinsfreien Jahren nicht über 2 bis 2 1/2 Proz. festgesetzt wird, weiterhin aber der niedrige Zinsfuß mindestens einige Jahre bestehen bleibt. Ferner regten unsere Vertreter an, daß in dem Mantelgesetz sowohl die Termine für die Einzahlungen wie auch die Zinsen, Strafbestimmungen bei verspäteter Einzahlung festgelegt werden. Schließlich wurde noch dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß die schnellste Verabschiedung des Gesetzes erfolgen muß.

Der Reichsfinanzminister wußte den Verhandlungen zeitweise bei. Er betonte in seinen Ausführungen, daß in etwa zehn Tagen die Finanzminister der Entente zusammentreten, und eine schnelle Verabschiedung der Steuern angebracht erscheinen. — In den nächsten Tagen wird sich der Reichswirtschaftsrat mit der Zwangsanleihe beschäftigen.

Berichterstatter sind die Abgeordneten Mendelsohn und Hülferding.

Das Reichskabinett beschäftigte sich am Freitag mit dem Vertrag über die Sachlieferungen, das Steuerkompromiß und den Grundrissen für die Zwangsanleihe, die jetzt mit den Parteiführern besprochen werden sollen. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Frankreichs Deutschenangst

Paris, 3. März.

In der heutigen Sitzung der Kammer erinnerte Fenalet (radikale Mitte) daran, daß jetzt gesagt habe, daß trotz der Abtötung, die Deutschland auferlegt wurde, es durch den Geist seiner Organisatoren die Mittel finden könnte, sehr schnell ein fürchtbares Heer auf die Beine zu bringen. Er verliest ein Schriftstück, das Einzelheiten über die Einrichtung des zukünftigen deutschen Heeres bringt und angeblich zeigt, daß Deutschland mit seinen hunderttausend Mann trotz des Vertrages dazu gekommen ist, als mächtigen Schutz eine Selbstschutzorganisation auf die Beine zu bringen. Man müsse deshalb etwas anderes finden. Was nötig sei, sei eine Einrichtung, die Frankreich in die Lage setze, die Unverletzlichkeit des Vaterlandes sicherzustellen. In der nächsten Sitzung werde er die Wichtigkeit des Funktionierens der Verbindungs- und Versorgungsstellen darlegen.

Die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland.

Rom, 4. März.

Der Leiter der russischen Handelsvertretung in Italien, Morozski, äußerte über die deutsch-russischen Beziehungen, die Sowjetregierung habe die besten Absichten, mit Deutschland freundschaftliche und dauernde Beziehungen aufzunehmen. Dies hindere sie aber natürlich nicht daran, Deutschland klar zu machen, daß es auf den Gedanken verzichten muß, Rußland auf Rechnung Frankreichs auszubilden, wenn es am russischen Wiederaufbau mitarbeiten will.

Kannibalismus in Rußland

Die gewalttätige Tat, die, daß in den russischen Hungergebieten Kannibalismus geübt wird, findet jetzt durch Berichte hier angelangter halbgenauiger Blätter ihre Bestätigung. So nachgelagert, wie dieser Querschnitt zu entnehmen ist, nur verdingliche Fälle solcher Art zur Kenntnis der Öffentlichkeit. Im Beginn August erklärte der Herr Maschin zu Proskow: Die Schrecken der vor Hunger sterbenden Menschen werden in einer Szene gezeigert. Des Abends einnahm ich aus der Szene die Leiche eines lebendigen Kindes, brachte sie auf einen

Schlitten nach Hause, hauchte sie in Stücke und kochte dieselbe. Im Laufe einer Woche hatten wir alles aufgefressen. In unserem Dorf gibt es viele, die Menschenfleisch essen.“ („Pravda“, Nr. 21.) Weiter wird gemeldet: „In dem einst so wohlhabenden Bezirk des Gouvernements Samara geschehen schreckliche Dinge: Man beobachtet die unerhörte Erscheinung einer Massen-Menschenfresserei.“ („Pravda“, Nr. 20.)

So hat ein falsches System, statt die soziale Entwicklung zu beschleunigen, einen Teil der von ihm betroffenen Menschheit unter die tiefste Stufe der Zivilisation hinabgeschleudert.

Um die gleitende Lohnskala

Berlin, 3. März.

In der heutigen Sitzung des 23. Ausschusses erstattete der Abg. Morath (D.S.) Bericht über die Tätigkeit des Unterausschusses, der zur Prüfung der Möglichkeit der Einführung einer gleitenden Gehaltskala eingeseht war. Der Unterausschuß ist zu dem Ergebnis gekommen, daß die möglichst baldige Einführung der gleitenden Skala wünschens- und empfehlenswert ist. Ueber die Einzelheiten der Durchführung jedoch hat keine Einigung erzielt werden können. Von Seiten der Regierung wurde Wert darauf gelegt, die folgende Frage beantwortet zu sehen: Fällt es der 23. Ausschluß für erträglich, daß bei Einführung der gleitenden Skala die Beamten hinter den Arbeiter zurückbleiben, wenn diese durch Tarifverträge höhere Bezüge erreichen, als sich nach dem Reichsindex rechtfertigen lassen? Seitens der SPD. erklärte der Abgeordnete Steinkopf, daß die gleitende Skala wohl wünschenswert sei, daß die SPD. aber die Zustimmung zur Einführung nur geben könne, wenn sie gleichzeitig für die Reichsarbeiter, Angestellten und Arbeiter eingeführt werde, und ihre Durchführbarkeit vorher besprochen und als möglich erkannt worden ist. Die Stellungnahme der Fraktion der SPD. bleibe vorbehalten. Für die Demokraten erklärte Abg. Schuldt, daß sie die gleitende Skala für unbedingt erforderlich halten, und daß ihre Einführung für die Beamten allein sehr gut möglich sei. Dr. Hoeffe vom Zentrum meinte, daß das Problem der gleitenden Skala gleichzeitig auch für die Privatwirtschaft gelöst werden müsse. Er empfahl, daß das Reichsfinanzministerium zusammen mit dem Reichsarbeitsministerium eine ausführliche Denkschrift über diese Frage ausarbeiten möchten. Der Abg. Bauermann erklärte, daß es ein Forderung sei, die Beamten mit den Arbeitern zu verknüpfen. Er würde es für richtig halten, daß der Ausschluß umgehend über diese Fragen Beschluß fassen und der Regierung Direktiven gebe. Die Beratung wurde dann auf Montag vertagt.

Im 23. Ausschluß des Reichstages fragte am Freitag der Abg. Bender (Soz.), wie es mit der Neuregelung der Bezüge für die Beamten, die Angestellten und die Arbeiter des Reiches stehe. Es wurde geantwortet, daß am Mittwoch kommender Woche über den Stand der Gehalts- und Lohnfrage im Ausschluß Auskunft gegeben werde, am Donnerstag würden die Ressortminister dazu Stellung nehmen, und am Freitag seien Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen über die Erhöhung der Gehälter und Löhne.

Marktsturz.

Berlin, 3. März.

Die Devisenhausse setzte sich am Freitag fort. Die Ursachen bestehen in der unklaren politischen Lage in England und in dem starken Devisenbedarf der deutschen Importtreffe. Amtlich notierten Kabel New York 251.75, London 1115, Amsterdam Rotterdam 9650. Auch an der Effektenbörse war die Tendenz im großen und ganzen ebenfalls fest, jedoch rief im weiteren Laufe die Nachricht vom Tode des Berliner Bankiers Hugo Herzfeld große Bestürzung hervor. Herzfeld ist bekannt aus der jüngsten Fusion in der Kalkindustrie, durch welche der Konzern Leopoldshall-Salzfurt-Wertheim-Bestereggen entstand. Im Hinblick auf das Ableben Herzfelds waren Kalkwerte und Mansfelder Kurse stark angeboten.

Die Flucht aus der Berliner Schutzpolizei

Berlin, 4. März.

In der Berliner Schutzpolizei ist eine erhebliche Abwanderung zu verzeichnen. Täglich verläßt eine große Anzahl der Polizeibeamten eigenmächtig ihren Dienst, um in besseren Stellungen Unterkauf zu finden. Die eigenmächtig vom Dienst fernbleibenden Polizeibeamten sollen nun mit Gefängnis bestraft werden, wie das ein Schreiben des preussischen Ministeriums an den Reichsminister des Innern mitteilt. —

Strohmenschke des Abgeordneten Ledebour.

Berlin, 4. März.

Als der 72 jährige unabhängige Reichstagsabgeordnete Ledebour gestern in später Abendstunden die Potsdamer Brücke passierte, wurde er von einem Radfahrer umgefahren. Er erlitt einen schweren Unterkieferschlag. Er wurde durch das Rettungssamt der Stadt Berlin nach dem Lichtenfelde Krankenhaus gebracht.

Großer Metallarbeiterstreik in Magdeburg.

Magdeburg, 3. März.

Am Freitag, vormittags 11 Uhr, legten in Magdeburg 20 bis 25 000 Metallarbeiter die Arbeit nieder. Der Streik richtet sich gegen einen Schiedsspruch, der für den Monat März eine Stundenlohn von 75 Pf. vorschlägt. Die Metallarbeiter forderten eine Forderung von 250 Mk. Bezugslohn ist, daß in kleineren Orten in der Nähe Magdeburgs, wie Halberstadt, Thale und Bernburg, höhere Löhne bewilligt worden sind. Die Verträge Magdeburger Großindustrieller, höhere Jugendlöhne zu hinterziehen, haben zu dem Austritt einzelner Firmen aus dem Verband der Metallindustriellen geführt. Ein Vermittlungsversuch des Reichsarbeitsministeriums scheiterte an dem Widerstand der Unternehmer, die alle Verhandlungen ablehnten.

Scharfblende vor dem französischen Kriegsgericht.

Düsseldorf, 3. März. (Sig. Drahtbericht.)

In Brüssel begann vor dem Kriegsgericht der französischen Rheinarmee ein Prozeß gegen 21 Mitglieder der Organisation Komati, einer Unterabteilung der Brigade Ehrhardt. Durch gemeinsame Verhandlungen und Zusammenkünfte patriotischen Charakters wurde die Behauptung auf die Organisation auf-

merksam. Bei Hausdurchsuchungen wurden zahlreiche Waffen gefunden, die zur Verhaftung der Angeklagten Veranlassung gab. Bei der Vernehmung gab einer der Angeklagten zu, daß die Organisation Komati mit der Brigade Ehrhardt in Verbindung steht und u. a. auch an den Selbstschutz Oberchlesien Waffen abgeben hat. Er fügte hinzu, daß bei der Brigade Ehrhardt und ihren Unterabteilungen Feldgerichte bestehen, deren Mitglieder und Tagungsorte den Angehörigen der Organisation unbekannt sind. Als erwiesen ist anzunehmen, daß sich die Organisation Ehrhardt über das ganze Reich erstreckt und rund 10 000 Mitglieder zählt. Nach einer glänzenden Verteidigungsrede des französischen Advokaten Leclerc verurteilte das Gericht die beiden Hauptangeklagten wegen Teilnahme an Geheimorganisationen, die nach den Bestimmungen der Befehlshabende verboten sind, zu 2 und 3 Jahren Gefängnis. Andere Angeklagte wurden zu Gefängnisstrafen von 1 Jahr und 18 Monaten Gefängnis verurteilt. Die übrigen wurden freigesprochen.

Das Problem der deutschen Juden.

Vor kurzem ist im Verlage der „Neuen Freien Presse“ (Sagen I. W.) unter dem Titel „Jüdischer Antisemitismus und Arbeiterfrage“ eine Broschüre des Genossen Carl Eisfeld erschienen, die sich polemisch gegen die hier schon mehrfach besprochene Gründung eines „Verbandes nationaldeutscher Juden“ wendet, weil diese Gründung geeignet sei, der antisemitischen Bewegung Vorschub zu leisten. Der Gründer des Verbandes nationaldeutscher Juden, Herr Dr. Naumann, sendet uns hierzu eine Zuschrift, in der er beklagt, daß diese Schrift von völlig falschen Voraussetzungen über das Wesen des Verbandes ausgehe. Herr Dr. Naumann schreibt:

Der Verband nationaldeutscher Juden treibt keinerlei Politik, am wenigsten solche, die als reaktionäre bezeichnet werden könnte. Er erstreckt nach § 1 seiner Satzung „ein verständnisvolles und auf gegenseitiger Achtung beruhendes Zusammenarbeiten der deutschen Volksgenossen jüdischer und nichtjüdischer Abstammung, die sich ohne Rücksicht auf ihre persönliche Stellung zu Fragen der Parteipolitik auf dem gemeinsamen Boden des deutschen Nationalgefühls und der Liebe zum deutschen Vaterlande zusammenschließen.“ Demgemäß gehören zu den Mitgliedern des Verbandes Angehörige der verschiedensten politischen Parteien, insbesondere auch zahlreiche Demokraten und Sozialdemokraten. Wir haben den Grundriss der Ueberparteilichkeit bei jeder Gelegenheit in Wort und Schrift auf das Entschiedenste betont, zuletzt in unserem Mitteilungsblatt vom Februar d. J. zuerst vor mehr als einem Jahre in den Rundschreiben, mit denen der Unterzeichnete zur Gründung des Verbandes anregte, und in einem von dem Unterzeichneten verfaßten Aufsatz „Nationalismus, Nationalgefühl und nationaldeutsche Juden“, der im April 1921 in einer sozialistischen Zeitschrift erschien. Troz dieser unserer klaren Stellungnahme wird von Juden, die uns bekämpfen, weil ihnen ihr Judentum über das Deutschtum geht, immer wieder die Frage von unserer „reaktionären“ Einstellung verbreitet und leider auch vielfach geglaubt. Wir bedauern es auf das Lebhafteste, daß sozialistisch getriebene Deutsche jüdischen Glaubens, die in ihrer Auffassung des echten, mit Nationalismus in keiner Weise identischen Nationalgefühls zu uns gehören, sich durch diese Treibereien abhalten lassen, unserem Verbands beizutreten, was gewiß das beste Mittel gegen „reaktionäre“ Entgleisungen wäre. Und wir bedauern nicht minder, daß nichtjüdische Sozialisten sich ebenfalls irreführen lassen und Bestrebungen bekämpfen, die als ein Schritt auf dem Wege zu wahrer deutscher Volksgemeinschaft jedem Hardtenden Sozialdemokraten sympathisch sein müssen.“

Der Verband des Herrn Dr. Naumann hätte sich nach unserer Ansicht manches Mißverständnis ersparen können, wenn er in seiner Agitation mit weniger Entgleisungen gearbeitet hätte. So scheint uns der von Herrn Dr. Naumann auch in diesem Briefe wieder erhobene Vorwurf gegen die Juden, denen „ihre Judentum über das Deutschtum geht“, durchaus geeignet zu sein, völlig falsche Vorstellungen über die Denkweise der großen Mehrheit der deutschen Juden zu erwecken und dadurch in der Tat antisemitischen Verheerungen Vorschub zu leisten. Wenn Herr Dr. Naumann seine Worte auf die Gruppe der Zionisten beschränken würde, so könnte man ihnen eine gewisse Berechtigung zuerkennen. Aber wie die Schriften des Verbandes nationaldeutscher Juden ergeben, bezieht sich dieser Vorwurf viel weniger auf die Zionisten, als auf die von Dr. Naumann so betitelte „Zwischenkräft“. Damit meint Dr. Naumann z. B. den Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens. Daß dieser sich gegen solche Verdächtigungen zur Wehr setzt, kann man ihm nicht verübeln.

Für uns Sozialdemokraten liegt allerdings das Problem ganz anders als für Dr. Naumann wie auch für seine Gegner, weshalb wir auch die Tendenz der Eisfeldschen Broschüre nicht voll zu billigen vermögen. Als Sozialdemokraten betrachten wir die Politik unter dem Gesichtspunkt der materialistischen Geschichtsauffassung, d. h. der Klassegegensätze, und nicht der rassenmäßigen Verschiedenheit der Einzelindividuen. Wir haben hier schon einmal ausgeführt, daß wir es ganz verständlich finden, wenn ein Teil der deutschen Juden nach seiner materiellen Lage innerlich rechts gerichtet ist, und daß wahrscheinlich weit mehr deutsche Juden den Reichsparteien angehören würden, wenn sie nicht durch deren Antisemitismus künstlich abgehoben würden. Natürlich werden wir eine Organisation rechtsgerichteter Juden wie jede andere rechtsgerichtete Organisation bekämpfen, aber nicht, weil sie aus Juden besteht, sondern wegen ihrer sachlichen Ziele. Aus unserer Auffassung heraus glauben wir auch ebenso wenig an die von Naumann propagierte „Volksgemeinschaft“ von rechts bis links wie daran, daß seine Behauptung von „zahlreichen“ Sozialdemokraten, die keinem Verband angehören sollten, zutrifft. Für den Sozialdemokraten ist die Volksgemeinschaft aller Arbeitenden, Schaffenden und Strebenden ohne Unterschied der Rasse und des Glaubens die Sozialdemokratische Partei.

Jugendprotest.

Berlin, 2. März.

Der Reichsausschuß der Arbeiterjugend-Organisationen hat die proletarische Jugend Deutschlands aufgerufen, an allen Orten unter der Leitung der Ortsausschüsse der Arbeiterjugend-Organisationen gemeinsame Kundgebungen

für den Jugendtag

und gegen die geplante 54-Stunden-Woche

für Lehrlinge und junge Arbeiter zu veranstalten. Die erste Kundgebung hat bereits am 1. März in Berlin stattgefunden. Es war seit der Revolution das erste Mal, daß sich die proletarische Jugend aller Richtungen mit Ausnahme der paar Kommunisten, die immer die Einigkeit untergraben müssen, zu gemeinsamen Forderungen, einzig im Kampfwillen zusammenfaßt.

Genosse Schreier-Bielefeld verurteilte sehr scharf das Bestreben des Bürgerrechts, der proletarischen Jugend die wenigen Rechte zu nehmen, die die Revolution ihr gebracht hat. Die Verlegung der Fortbildungsschulzeit in die Feiertage bedeutet nichts anderes als der Raub des 8-Stunden-Tages. Es ist erfreulich, daß sich die Arbeiterjugend einmütig gegen derartige Maßnahmen auflehnt und ihren Willen bekundet, ihre Rechte zu

Wachen. Dieser einige Mäße, das Erzwirgen zu verteidigen, ist heute notwendiger denn je. Wer nur dem Feind zujubelt und währenddessen das Greifbare fassen läßt, ist ein Dummkopf. Erst das Erzwirgen sichern und dann weiter vorwärts! Die Arbeiterjugend darf sich nicht mit dem 8-Stunden-Tag allein begnügen, sie muß zu jeder Zeit bereit sein, für ausreichende Ferien zu kämpfen. Die „Baterländischen“ sind es, die ihr den 8-Stunden-Tag und die Ferien, die ihr die Möglichkeit des Ausfluges aus dem Dunkel der Unwissenheit und der Knechtschaft, wie auch die Schönheiten der Heimat vorenthalten wollen.

Durch lebhaften Beifall bekundete die Jugend ihren Willen zum Kampf. Mit dem Gesang der Internationale schloß die erheuchelte Kundgebung, an deren Schluß sich die anwesenden Kommunisten durch ihren programmäßigen wüsten Reden nach Gebühr blamierten.

Mögen die Kundgebungen im Reich ebenso wichtig sein! Straft die freituchigen Kommunisten, ebenso durch Nichtachtung, wie es in Berlin geschah.

Befreiungskämpfe in Georgien.

Die georgische Gesandtschaft in Konstantinopel erfährt nachfolgendes über die letzten Vorgänge in Georgien:

Am 11. Februar, dem Jahrestage des russischen Ueberalles auf Georgien, wurden in Tiflis, Batum, Kautis und vielen anderen Orten Massenkundgebungen gegen die russische Okkupation veranstaltet. Die Bevölkerung füllte in dichten Reihen die Straßen. Ueber den Köpfen der Demonstranten bewegte sich ein Wald von schwarzen Fahnen, es wimmelte von Plakaten mit den Aufschriften: „Wir fordern die Befreiung Georgiens von den russischen Truppen! Nieder mit den Okkupanten!“ usw.

In Kautis war die gesamte Bevölkerung auf den Straßen. In Batum wurden von der Menge der Präsident des kommunistischen „Revolutionskomitees“, Gamaroff, und mehrere andere Agenten der Okkupationsbehörden verprügelt. Die Besatzungstruppen beschossen die Manifestanten, die Zahl der Opfer ist noch unbekannt.

In vielen Orten waren die von russischen Okkupationsstruppen eingesetzten „Sowjetbehörden“ aus den Amtsgebäuden geflüchtet und hielten sich mehrere Tage versteckt. Die Gewalt lag in den Händen der Bevölkerung. Der Eisenbahnverkehr stockte gänzlich. Die Geschäftsstellen und Bureaus waren überall geschlossen. Dort, wo die Okkupationsbehörden sich noch in Sicherheit fühlten, ließen sie Massendefinitionen vornehmen; in Batum allein wurden 500 Personen verhaftet. Ueber das ganze Land ist der Belagerungszustand verhängt worden.

Die Bevölkerung hungert. Die Lebensmittel sind verschwunden. Die russischen Sowjetrußeln haben in Georgien absolut keine Kaufkraft mehr. Die Bauern verlangen georgische Boms, die aber aus dem Verkehr gänzlich verschwunden sind. Die russischen Truppen plündern und rauben.

Am 9. Februar pogromierten die Soldaten die Kaufleute in Tiflis, sieben Kaufleute wurden getötet. Bei den russischen Behörden herrscht eine unbeschreibliche Panik. Ein Teil der geraubten Güter wird — soweit die Verkehrsmittel es erlauben — schleunigst nach Rußland abtransportiert.

Der Tag der Befreiung Georgiens rückt näher heran.

Der Wiederaufbau Rußlands.

Ein amerikanisch-italienischer Operationsplan?

Rom, 1. März.

Die „Tribuna“ teilt Einzelheiten über einen amerikanisch-italienischen Plan für die Wiederanbahnung des Handelsverkehrs und der industriellen Ausbeutung Rußlands mit. Danach beabsichtigen die Vereinigten Staaten vor allem die sofortige Unterstützung der hungernden Bevölkerung Rußlands, die Reorganisation der Arbeiten, der Produktion durch Neuordnung des Verkehrs, Wiederinbetriebsetzung der Fabriken, Entwicklung der Landwirtschaft und Wiederherstellung des Warenaustausches mit dem Auslande. Zur Basis ihrer Tätigkeit würden die Amerikaner das Schwarze Meer machen, von dessen Häfen sie geordnete Verbindung mit Kiew, Moskau, Samara, Saratow, Kasan und Simbirsk herstellen wollen. Der Plan sieht die Wiederaufnahme des Betriebes in den Anlagen des Donez- und des Dongebietes vor. Nach den Angaben der „Tribuna“ erhoffen die Amerikaner bei ihrer jetzigen Betätigung im europäischen Rußland bessere Resultate zu erzielen als bei einem Vordringen von Sibirien aus. Italien könnte sich an der Aktion der Vereinigten Staaten durch Lieferung von Textilwaren, Bekleidungsgegenständen, Automobilen, sowie von Lebensmitteln beteiligen. Ferner könnte Italien Arbeitskräfte zur Verfügung stellen. Als Stützpunkte des amerikanisch-italienischen Verkehrs mit Rußland kämen Neapel und Genua in Betracht.

Der verurteilte Walte.

Ein interessanter Beleidigungsprozess hat jüngst vor der Strafkammer Breslau seinen Abschluß gefunden. Der aus Rußland eingewanderte Universitätsprofessor Dr. v. Freitag-Loringhoven hatte sich wegen Beleidigung des Lehrers und Kreisdeputierten Lindheimer aus Gubrau zu verantworten, den er in einem Artikel der deutschnationalen „Schlesischen Tagespost“ wiederholt höhnend als „Eli Kanalgeruch“ bezeichnet hatte. Vom Breslauer Schöffengericht war Herr v. Freitag-Loringhoven deswegen zu 800 Mark Geldstrafe verurteilt worden, wobei das Gericht als Strafschwerend ansah, daß einmal der Beleidigte sich in jeder Weise der Achtung seiner Mitbürger erweute, zum anderen daß gerade ein Universitätsprofessor als Jugendbildner die Pflicht habe, sich wie ein anständiger Mensch auszudrücken.

Gegen dieses Urteil hatte v. Freitag-Loringhoven Berufung eingelegt und verlangte seine Freisprechung, weil der Artikel „eine politische Satire in geradezu klassischer Form (1)“ gewesen sei. Vor dem Landgericht Breslau führte der Vertreter des Privatklägers aus, daß der Angeklagte, dessen Wirken unsere innere Einheit untergrabe, zu den landstreichenden Elementen aus dem Osten gehöre, die in Deutschland nur Schaden anrichten.

Durch diese letzte Bemerkung fühlte sich Herr v. Freitag-Loringhoven anscheinend ganz besonders arg getroffen. Er entgegnete erregt, daß er ein Baltensprößling sei. Die Balken hätten seit 700 Jahren die deutsche Kultur im Auslande hochgehalten. Im Anschluß hieran hielt er eine kleine Vorlesung über das Wesen des Schließelmanns. Schließlich endete er mit der Behauptung, das deutsche Judentum trage, wenn nicht die ganze, so doch einen wesentlichen Teil der Schuld an dem unglücklichen Kriegsausgang. In diesen Bemerkungen des Herrn v. Freitag-Loringhoven ist zu lesen: Von den deutschen Juden haben, wie erst eine jüngst

von uns wiedergegebene Statistik beweißt, mehr als 80.000 im deutschen Heere an der Front gestanden und über 12.000 den Tod aus dem Schlachtfelde erlitten. Die Deutschbalten dagegen haben im russischen Heere gegen Deutschland gekämpft, einen großen Prozentsatz der Offiziere und Heerführer geliefert (Nennenkamp usw.) und zur Tötung Tausender deutscher Soldaten beigetragen. Wir machen ihnen daraus keinen Vorwurf. Aber man möge daraus ermessen, mit welchem moralischen Recht Herr v. Freitag-Loringhoven als Deutschbalte die Juden für den unglücklichen Kriegsausgang verantwortlich machen darf!

Die Strafkammer in Breslau verwarf die Berufung des Angeklagten, so daß es bei seiner Verurteilung bleibt.

Herrlicherhaus G. m. b. H.

Auf eine originelle Idee sind die ehemals in Sachsen regierenden Wettiner verfallen. Bekanntlich hatten die regierenden Häuser bis zur Revolution eigene Hausgesetze, durch die sie ihre Familienangelegenheiten in persönlicher und vermögensrechtlicher Beziehung nach eigenem Gutdünken regeln konnten, ohne auf die allgemeinen Vorschriften der bürgerlichen Gesetze Rücksicht nehmen zu müssen. Durch die Revolution sind mit dem übrigen monarchischen Plunder auch diese Familiengesetze verschwunden. Die Wettiner suchen sich nun, wie das „B. L.“ meldet, einen Rest der früheren Herrlichkeit zu retten, indem sie ihre Familie als gerichtlich eingetragenen Verein etabliert haben. Was früher Hausgesetz war, wird jetzt Vereinsstatut. So soll beispielsweise die Ehe für die „Vereinsmitglieder“ nur zulässig sein bei kirchlicher Trauung und Billigung des „Vorstandes“, der kein anderer als der ehemalige „Geenig“ Friedrich August ist. Natürlich ist diese Vorschrift rechtsunwirksam, da sie im Widerspruch zum BGB. steht.

Uebrigens halten wir die Form des eingetragenen Vereins für unpraktisch. Viel besser als ein Wettin e. B. wäre eine Wettin G. m. b. H. Denn es hat sich gezeigt, daß die Monarchen für die Folgen ihrer Handlungen nur in beschränktem Maße zu haften gewillt sind. Das beweißt nicht nur die Flucht des letzten Hohenzollern, sondern auch der klassische Ausspruch, mit dem der letzte Wettiner den Thron verließ: „Nu, meegen se sich ihren Dreck alleine machen.“

UGB. und Koalitionspolitik.

Im Kreisverein der UGB. für Groß-Dresden erklärte der sächsische Arbeitsminister Rißau:

„Er würde, wenn seine Anwesenheit im Reichstag möglich gewesen wäre, mit der Mehrheit gestimmt haben. Man sollte aber bei den 13 Ministern die Gründe für ihr Verhalten anerkennen. Diejenigen Genossen, die so schnell mit einem Todesurteil zur Hand wären, hätten noch nicht auf verantwortlichem Posten gestanden. Es wäre ein großer Schaden für die Partei, etwa gegen die 13 Genossen vorzugehen. Wahrscheinlich im Mai würde bei der Steuerberatung die Regierung Wirth geführt werden. Unter Umständen könnte dann auch die UGB. eine der Regierungsparteien werden. Und wenn es dann gelte, den Kampf mit der Entente zu führen und die Schwierigkeiten im Innern gegen die bürgerlichen Parteien zu überwinden, könne die Partei leicht in die Lage kommen, auch gegen etwaige Illusionen mancher Parteigenossen aufzutreten zu müssen.“

Die Versammlung erklärte sich indessen gegen 5 Stimmen für die Richtung Ledebour-Crispien. In anderen Gegenden Sachsens und Thüringens sind die UGB.-Leute schon etwas klüger.

Hände weg vom Achtstundentag!

Wollte man die Auslassungen der bürgerlichen Parteien gelten lassen, dann wäre an unserem ganzen wirtschaftlichen Etend nur die Einführung des Achtstundentages schuld und deshalb seine schleunigste Beseitigung notwendig, um aus der ganzen Misere herauszukommen. Die Unternehmerrpresse kann sich bei ihrer Beweisführung auf gelegentliche Auslassungen in den „Sozialistisch. Monatsheften“ stützen.

Neuerdings wird in Artikeln gegen den Achtstundentag auch eine Äußerung des württembergischen Arbeitsministers, Genossen Reil, auf der Frankfurter Messe zitiert, wonach der Achtstundentag kein unabhängiges Dogma sei. Wären die Verhältnisse der Nachkriegszeit nur mit größerer Leistung als mit täglich acht Stunden zu beseitigen, so müßte die Frage der Arbeitszeit neu zur Erörterung gestellt werden. Ob und inwiefern diese Auslassung notwendig war, sei dahingestellt, an sich ist sie durchaus richtig und sozialistisch. Der Beweis aber, daß der Achtstundentag das Hindernis ist, müßte doch zunächst einmal geliefert werden. Außerdem wäre die Probe aufs Exempel zu machen, ob unter den gegenwärtigen Verhältnissen in zehn Stunden tatsächlich erheblich mehr geleistet werden kann und geleistet würde. Für Industrien, die derartig stark beschäftigt sind, daß sie nicht wissen, wie sie die Aufträge bewältigen können, läge doch wohl nichts näher, als anstatt den achtstündigen, den 16- oder 24stündigen Betrieb einzuführen, zwei oder drei Schichten, wogegen kein Arbeiter etwas einwenden wird. Die Idee aber, daß bei den gegenwärtigen Löhnen, ihren Realwert nach, aus den einzelnen Arbeitern eine intensivere Arbeitsleistung bei mehr als achtstündiger Arbeitszeit herauszuholen sei, ist absurd.

Um gegen den Achtstundentag scharf zu machen, beruft sich die Unternehmerrpresse darauf, daß Arbeiter in Betrieben mit regelmäßigen größeren Arbeitspausen — erwähnt werden insbesondere die schon berühmt gewordenen Schrankenwärter — sich gegen die Ausnützung der Pausen zu anderen Arbeiten wenden. Erst kürzlich ist im „Vorwärts“ darauf hingewiesen worden, daß Schrankenwärter nebenbei mit Besenbinden beschäftigt werden. Sie könnten auch mit dem Vorarbeiten von Arbeitsgeräten für Eisenbahnarbeiter, der Herstellung mancher Werkzeuge oder ähnlichen Dingen beauftragt werden. In Privatbetrieben wird in dieser Weise bereits jede Minute auszunutzen gesucht, ohne daß die Arbeiter sich dagegen wenden. In den acht Stunden wollen sie ja arbeiten, und es ist Sache der Unternehmer, ihnen die nötige Beschäftigung während der Pausen zuzuwenden.

Die Einführung des Achtstundentages erfordert natürlich eine gewisse Umstellung der Betriebe, eine Verbesserung der Betriebsweise, die Einführung rationaler Arbeitsmethoden.

In dieser Beziehung ist aber bis heute im großen Ganzen soviel wie nichts geschehen. Man bleibt bei den alten vor-kriegszeitlichen Methoden und schilt über den Achtstundentag. Wenn all der Wis, der bisher gegen den Achtstundentag aufgewendet wurde, in der Richtung einer Verbesserung der Betriebsrichtungen und der Arbeitsmethoden gebraucht worden wäre, dann müßten die fortgesetzten Klagen gewisser Unternehmerrkreise über den Achtstundentag zum größten Teil verstummt sein. Der Arbeiter hat kein Interesse daran, daß weniger Arbeit geleistet wird als früher. Doch er allein kann nichts dazu tun, die Arbeitsleistung ergebiger zu gestalten, wenn er an der Betriebsleistung fehlt.

Der Achtstundentag ist ein Fortschritt, dessen Bedeutung wir heute kaum ahnen. Er ist eine gegebene Größe, mit der zu rechnen ist. Stellen sich die Unternehmer auf diesen Standpunkt, dann wird das für sie weit wertvoller sein als die Versuche, den Achtstundentag wieder zu beseitigen. Rindisch ist es, alles beim alten zu lassen und lediglich gegen die achtstündige Arbeitszeit zu wettern, weil sie eine sozialistische Forderung war. Darum bedeutet sie nicht minder, sondern erst recht den Hebel zu großen Umwälzungen in der Arbeits- und Betriebsweise wie im Wirtschafts- und Gesellschaftsleben.

Freilich, die Verfechter des Achtstundentages hatten sich keine Einführung unter anderen Verhältnissen gedacht, als sie sich durch den Krieg und dessen Folgeerscheinungen in Deutschland herausgebildet haben. Allein der Industriearbeiter hat sich heute schon fast durchweg auf den Achtstundentag eingestellt durch Pachtung von Laubenland und dergleichen. Es wäre an der Zeit, daß nun auch die privaten und die staatlichen Betriebe den ernsthaften Versuch machten, sich ebenfalls darauf einzustellen, alle zweckdienlichen Vorkehrungen zu treffen, um etwaige Minderleistungen wettzumachen. Es mag bequemer sein, fortgesetzt scharf zu machen für die Durchlöcherung und Verdrängung des Achtstundentages. Nützlicher ist zweifellos der andere Weg, sich endlich damit abzufinden und das Nötige dazu zu tun, um seine Durchführung fruchtbringend zu gestalten.

Der Achtstundentagarbeiter wird mehr und bessere Arbeit leisten als der zehnstundentagarbeiter, zumal bei mindestens gleichartiger Ernährungsweise. Ihm aber die ganzen Reparationsleistungen allein aufzubürden, ist ein so gemagtes Experiment, daß man es nicht machen dürfte, soll der Schaden nicht ungemein größer sein als der Vorteil. Der deutsche Arbeiter ist nun einmal kein Kuli mehr. Auch den Vertretern der Entente muß begreiflich gemacht werden, daß der deutsche Arbeiter unter den gegenwärtigen Ernährungsverhältnissen in seiner Arbeitsdauer unmöglich so leistungsfähig sein kann als in der Vorkriegszeit. Ein gefährlicher Versuch würde es immer sein, den Arbeitern und Angestellten die wichtigste sozialpolitische Errungenschaft der Revolution, den Achtstundentag, auch noch zu rauben.

(„Vorwärts.“)

Volkswirtschaft.

Lübder Viehmarkt.

Mitgeteilt von der Landwirtschaftskammer für das Gebiet der freien und Hansestadt Lübeck.

Schlachtpreis in Mark für 50 kg Schlachtgewicht, erzielt auf dem Schlachtwiehmarsch zu Lübeck am 3. März 1922:

Rinder I. Qualität	2100 Mk.
II.	2000
III.	1500-1800
nüchterne Kälber	850-950
Fresser	1500-1600
Mastfäher	2500
Schweine schwer	2200
mittel	2000
leicht	2000-2200
Schafe I. Qualität	1500-1800
II.	1200-1500
III.	

Schweinemarkt.

Hamburg, 3. März.

Von der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein, Geschäftsstelle am Hamburger Schlachtwiehmarsch, wird uns mitgeteilt:

Preis für 100 Pfund Lebendgewicht

beste, schwere, reine Ware über 250 Pfund	2150-2250 Mk.
mittelschwere Ware, über 220 Pfund	2000-2100
gute, leichte Ware von 180 bis 220 Pfund	1900-2000
geringere Ware	1600-1800
beste Sauen	2000-2100
geringere Sauen	1700-1900

Marktzufluß: 3900 Schweine. Der Handel verlief reg.

Devisen-Kurse.

Berlin, 4. März.

Amliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		3. März.	2. März.
Amsterdam	100 fl.	9640.85	9190.80
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	2187.80	2073.90
Kristiania	100 Kr.	4480.50	4225.75
Kopenhagen	100 Kr.	5384.65	5109.85
Stockholm	100 Kr.	6633.35	6353.60
Helsingfors	100 finn. Mk.	506.45	486.50
Rom	100 Lire	1363.60	1278.70
London	1 £	1113.85	1060.40
New York	1 Doll.	251.49	239.51
Paris	100 Frs.	2380.15	2187.80
Zürich	100 Frs.		4895.30
Madrid	100 Pesetas		3886.15
Wien	100 K.	4.58	4.43
Budapest	100 K.	35.36	33.96
Prag	100 K.	408.05	408.05

Schiffsverkehr im Lübeder Hafen.

Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Verkaufsort	Fahrzeit	Tag	Stb.
		Angekommen am 3. März.					
D.		Batonia	Buhrmann	Malms		1	
D.		R. D. 32	Gamann	Odensee		1	
E.		Gmny Stein	Broberfen	Hamburg		1	

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Wirtschaft Lübed und Genildeton Herrmann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Interim Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg; Druck von Friedrich Krenz & Co., sämtlich in Lübed.

Strinkt Meyers Edel-Siköre!

Bevorzugt in Dielen, Likörstuben, Cafés, Hotels und Restaurants.

**Vertreter für Lübeck und Umgegend:
Johs. Dörr, Wahnstraße 68.
Fernsprecher 2940. (18867)**

Frauengewerbeschule Lübeck,
Johannisstraße 64.

Ausstellung

von allen Arbeiten folgender Abteilungen:
1. Kochen. 2. Hauswirtschaft.
3. Nadelarbeit. 4. Kindergärtnerinnenseminar.
Geöffnet Sonntag, d. 12. 3., 10-6 Uhr,
Montag, d. 13. 3., 8-4 Uhr.
Eintritt 2 Mt. (18888)

Schelm & Wege, Samenhandlung
Gemüse- und Blumendüngemittel.

Edelmetall-Zentrale
Berlin N. 58 - Halle - Lübeck - Filiale - Ankauf

Handelsgerichtl. eingetragene Engros-Firma.
Engros-Ankauf. - Engros-Verkauf.

Wir suchen zum Auslandskurs:
Brillanten - Bruch, Barren, Gohfel.
Silber - Bestecke usw.
Sold - Bruch, Barren, Ketten.
Platin - Blech, Liegel, Draht, Brenns.
Gold Uhren - Hälfte usw. Chem. rein pro Gr. 560 Mt.
Zahngelbisse bis 20000 Mk.
Zahn Zahn 500 Mk.
Unbedingt höchstzahlend! Unüberbietbar!
Besuchen Sie sich, noch stehen die Kurse hoch, morgen schon kann es zu spät sein.
Wer sich vor Verlusten schützen will, verkauft nur bei

Frick Breite Straße 25
Erste Etage.
Uhrmacher, Juweller. Eing. Pfaffenstraße.
Engros-Preise an Private.

Dr. Rogge
Facharzt für Chirurgie und op. Frauenheilkunde.
Sprechst. jetzt Hüxtertor-Allee 13, 10-11 u. 3-4.
Mittwoch und Sonnabend nachm. keine. F. 2855.
Privatwohnung bleibt Kalandsr. 3. F. 3446.

Jetzt noch billig!
1 Zentner frei Haus Mt. 26.-
1 " ab Lager " 22.-
Wollbrandt & Co.
G. M. B. H. Fernsprecher 3457.
1. Lager: Kanastraße 3/5. (18895)
2. Lager: 3. Wallstraße 35 a.

Sozialdemokr. Verein Lübeck.

Mitglieder-Versammlung

Dienstag, den 7. März
abends 7 1/2 Uhr:
im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:

1. Finanz- u. Steuerpolitik
Redner: Ministerpräsident Gen. Job. Sieffing.
2. Ansprache.

Zahlreiches Erscheinen erwartet Der Vorstand.
Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches. (18885)

Verein Fröh Reuter, Lübeck.

5. März:
Redderbüch Harr'ner
(Rästenball)
in'n Kolosseum.
Harr'ner an Dabier in'n Total.
Gründe Pietotts keen Zutritt.
Der Vorstand.

Quartett Italia v. 1903.

Sonntag, den 5. März 1922:
19. Gedenk-Fest und Ball
im Konzerthaus Lübeck.
Anfang 6 Uhr. (18886) Der Festauschuss.

Kolosseum.

Mittwoch, d. 8. März 1922.
Zweiter
Großer Masken-Ball.
Die Säle sind festlich dekoriert.
2 Maskenkapellen.
Hr. Josef v. Trobel.
Theater, Kabarett, Schießbude, Wirtshube.
GAUZ BEI !!
Die fidele Strandnigen.
Kassenöffnung 6 Uhr. Einzug des Pringen Carneval mit seinen herrlichen Gefolge 7 Uhr 30 Min.
Eintritt a Person Mt. 7.- und Steuer.
Kondome, Friseur u. Photograph im Lokal.
Vorverkauf: Musikalienhdl. Ernst Robert, Breite Straße, Jgarengeschäft Fr. Vogel, am Markt.
Heinrich Ohde. (18897)

Die höchsten Tagespreise für
Lumpen, Eisen, Metalle, Papier, Felle usw.
erhalten Sie bei
Selig L. Cohn,
Bismarckstraße 62. (18885) Telefon 2152.

Stadttheater (Marmorhall) Lübeck

Dienstag, den 7. März, abends 8 Uhr
Auf vielseitigen Wunsch!
Sichtbildervortrag und Experimente
von Do. Cassatarry, Schriftsteller, Hamburg über
Handlindendeckelung, Warum die Männer so eifersüchtig sind, Die Entstehung der unglücklichen Ehen, Wen soll ich heiraten??? Kinderlose Ehen, Erläuternde Experimente, Zukunftsentwicklungen, Charakter, Krankheit, Liebe, Ehe. - Glänzende Anerkennungen von Prof., Ärzten usw. - Num. Plätze 10,- Mt., unnum. Plätze 7.60 Mt. exkl. Steuer. Vorverkauf bei Heint. Busse, Breitestraße 55.
An das geschätzte Publikum!
Vor mir liegen gegen 100 Zuschriften, in denen ich gebeten werde meinen Vortrag zu wiederholen. Dem Wunsch nachkommend, halte ich obigen Vortrag nochmals! Die mit so großem Beifall aufgenommene Beweiserperimente werden besonders ausgebeutet.
Do. Cassatarry. (18865)

Universitätswoche Lübeck

12.-21. März 1922.
Vorträge.
Sonntag, 12. März, vormittags 11 1/2 Uhr: Eröffnungsfest. Präludium c-moll für Orgel von Joh. Seb. Bach; Begrüßungsansprachen Seiner Magnifizenz des Herrn Bürgermeisters Dr. Neumann und Seiner Magnifizenz des Herrn Rectors der Universität Kiel: Melodia op. 59 Nr. 11 für Orgel von Max Reger (Orgel: Prof. Stahl). Daran anschließend: Geheimrat Professor Dr. Jacob, Rektor der Universität Kiel: Wichtige Elemente unserer Kultur.
Abends 8 Uhr: Professor Dr. Mandel: Religion und Wirklichkeit (zweistündig).
Montag, 13. März, 5 Uhr: Professor Dr. A. O. Meyer: Das englische Weltreich in den letzten 100 Jahren (zweistündig).
8 Uhr: Geheimrat Professor Dr. Harms: Die Weltwirtschaft der Gegenwart (zweistündig).
Dienstag, 14. März, 5 Uhr: Professor Dr. Wedemeyer: Vertragsfreiheit im heutigen Arbeitsrecht (einstündig).
6 Uhr: Professor Dr. Jellinek: Die Reichsenerfassung, verglichen mit den Verfassungen der Schweiz und Nordamerika (einstündig).
8 Uhr: Professor Dr. Wirtz: Die Fiktione und der Bau des Weltalls (zweistündig).
Mittwoch, 15. März, 5 Uhr: Professor Dr. Diels: Die Entwicklung der Chemie in den letzten 25 Jahren (zweistündig).
8 Uhr: Professor Dr. Wüst: Die Entstehungsgeschichte der Ostsee (zweistündig mit Lichtbildern).
Donnerstag, 16. März, 5 Uhr: Geheimrat Professor Dr. Pappenheim: Recht und Leben in der Seehandelschiffahrt (zweistündig).
8 Uhr: Prof. Dr. Haseloff: Das Wesen der Renaissance (zweistündig mit Lichtbildern).
Freitag, 17. März, 5 Uhr: Geheimrat Professor Dr. Flicker: Dugenhagen und Melchior Hofmann in Lübeck und Schleswig-Holstein (einstündig).
8 Uhr: Professor Dr. Hoffmann: Grundrissfragen des Valutaproblems (zweistündig mit Lichtbildern).
Sonntag, 18. März, 5 Uhr: Professor Dr. Passow: Kartelle und Trusts (zweistündig).
8 Uhr: Professor Dr. Höber: Der Zusammenhang von Körper und Seele und seine experimentelle Erforschung (zweistündig mit Lichtbildern).
Sonntag, 19. März, 8 Uhr: Professor Dr. Schlick: Das Weltbild der Relativitätstheorie (zweistündig mit Lichtbildern).
Montag, 20. März, 5 Uhr: Professor Dr. Kossel: Der Bau des Atoms (zweistündig mit Lichtbildern).
8 Uhr: Professor Dr. Prinz: Die deutschen Ausgrabungen in Babylonien (zweistündig mit Lichtbildern).
Dienstag, 21. März, 5 Uhr: Professor Dr. Mensing: Geschichte des niederdeutschen Dramas (zweistündig).
Sämtliche Veranstaltungen finden in der Aula des Johanneums statt. Die Aula ist gut geheizt.
Eintrittskarten bei Ernst Robert, Breitestraße 29, und an der Abendkasse. Preise der Eintrittskarten: Eröffnungsfest (m. anschließendem Vortrag) M. 5.-, Schülerkarten M. 3.-, Zweistündiger Vortrag M. 5.-, Schülerkarten M. 3.-, Einstündiger Vortrag M. 3.-, Schülerkarten M. 2.-. (18872)

Sozialdemokr. Verein Lübeck.

Ortsgruppe Moisling.
Heute
Gonabend
abends 7 1/2 Uhr,
Mitglieder-
Versammlung
im Kaffeehaus.
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
(18914) Der Vorstand.

Sut-Liebe
Spezialschneiderei
für Herren- und Damen-
Kleider.
Hauptstraße 71. (18851)

Ma- u. Bertanij
von alten Schirmen.
Wiener Schirm- u. Stock-
Reparatur-Werkstatt,
Wohnstraße 71. (18848)

Uhrmacher
Herrnstr. 11.
Uhr- u. Goldschmiedg.
u. Reparaturswerkst. (18852)

Zentralhallen.
Morgen Sonntag: (18926)
Or. Tanzkränzchen. Eintritt frei.

Moislinger Baum.
Morgen, Sonntag, den 5. März,
Anfang 4 Uhr:
Bornehmes Tanzkränzchen
unter Leitung und Mitwirkung des beliebten vielfach preisgekrönten Tänzerpaars Carl Langer und Partnerin aus Hamburg. (18930)
Moderne Tänze. Künstlerkapelle.
Prima Bohnenkaffee und Kuchen.
Küche und Keller liefern das Beste.
Angenehmer Familienaufenthalt.
Für Nichttänzer freier Eintritt.
Telephon 9076. **Rudolph Jäde.**

Jeden Sonntag u. Donnerstag (18848)
Adlershorst. Ball

Luisenlust.
(18864) Morgen Sonntag:
Großes Bodkierfest.
Eintritt und Tanz frei.
Sonnabend, den 11. März:
Preis-Masken-Ball
des Sparklubs „Luisenlust Immer rin“.

Konditorei Starke Kaffeehaus
Königsstr. 25. Teleph. 8860
Täglich von 10 Uhr früh: **Frühes Gebä!**
Künstler-Konzert ab 4 1/2 Uhr nachm. (18847)
Vierf. ung. auß. d. Hauic f. schnellste Erledig.

Deutscher Eisenbahner Verband.
Ortsgruppe Lübeck. (18906)
Mitglieder-
Versammlung
am Montag, dem 6. März
abends 7 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus
Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Mitgliedsbücher sind vorzuzeigen.
Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Ortsverwaltung Lübeck. (18917)
Versammlung
der
Kohlenafford-
arbeiter
am Sonntag, dem 5. März
morgens 10 Uhr
im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
Junere Verbands-
angelegenheiten.

Versammlung
der
Hausdiener, Fenster-
putzer, Austrägerinnen
und Reinmachefrauen
am Montag, dem 6. März
abends 8 Uhr
im Gewerkschaftshaus.
Tages-Ordnung:
Junere Verbands-
angelegenheiten.
Die Ortsverwaltung.

Cindenhof
Israelsdorf.
Am Sonntag: (18856)
Vornehme Ballmusik.
Anfang 4 Uhr nachm.
3. d. Beranden fr. Eintritt.
Tel. 1910. Victor Klempau.

Friedrich-Franz-Halle.
Jeden Sonntag: (18844)
Tanz.
Anf. 4 Uhr. Eintritt frei.
Sonnabend, d. 11. März:
Großer Ball

Hansatheater.
Heute Sonnabend
(18869) 7 1/2 Uhr:
Der letzte Walzer.
Sonntag 7 1/2 Uhr:
Der letzte Walzer.
Montag 7 1/2 Uhr:
Großer Konzert- und
Tanzabend
unter Mitwirkung des Lübecker Männerchors.
Dienstag 7 1/2 Uhr:
11. Vorst. i. Dienstag-Ab.
Der letzte Walzer.

Stadttheater Lübeck
Sonnabend, 4. März, 7.00
Festvorstell.: Orpheus
in der Unterwelt.
Orpheus; Kammerfang
ger Waldemar Henke.
Sonntag, 5. März, 2 U.
13. Vorst. f. d. Arbeit.
Bildungsverein:
Goeth v. Werlichingen.
7.30 U. Gaitspiel von
Kammerfänger Waldemar
Henke als Cuenstein in
Die Fiebermaus. (18889)
Montag, 6. März, 7.30 U.
15. Volkst. Konzert.
Dienstag, 7. März, 7.30
Sinfonata.
28. Ab.-Vorst. Bäst. D.

Freistaat Lübeck.

Sonntagabend, 4. März.

Der neue Roman: Ludwig und Annemarie führt unsere verehrten Lesarten wieder mit einem Erzähler zusammen, der in früheren Jahren im Volksboten mehrfach zu Worte kam. Melchior Meyr ist ein Heimatkundiger und Erzähler alten Schlages, wie wir sie heute selten antreffen. Alle seine Erzählungen aus dem Ries strömen schlichte Volksstimmlichkeit und Wahrhaftigkeit aus, erfüllen unser heutzutage so bewegt einschwebendes Leben mit natürlichem Sinn und heiterer Laune. Sie erinnern uns neben hartem Stolz auch an das Gute im Menschen, und wenn man so sagen will — daran, daß die Treue kein leerer Wahn ist. Der Wert dieser Erzählung übertrifft Dutzende moderner Romane. Die leichtflüssige, spannende Handlung fesselt die ganze heftige Dorfgeschichte hindurch. Wir sind überzeugt davon, daß feinfühlende Frauenherzen für Ludwig und Annemarie mit Feuer Partei ergreifen und sich freuen werden, mit einem so tapferen Liebespaar bekannt geworden zu sein.

Im März.

Wenn die blanken Sonnenstrahlen — wieder goldne Kränze machen, — ist der Winter noch nicht aus, — doch er räumt nun bald das Haus! — Von Beleuchtung, Holz und Kohlen — kann sich nun der Mensch erholen. — Was er hier erspart zur Not, — gibt er aus für's liebe Brot, — für Kartoffel, Brotaufstrich! — Ach, die Zeit ist fürchterlich! — Jeder Tag, in den wir treten, — wächst heran mit Gram und Not! — Abgerissen — und zerstückelt — liegen Wäsche, Kleidung, Schuhe! — Wer bewahrt da noch die Ruhe? — Mäher blüht an allen Enden, — den Ruten rasch zu vollenden, — und so traurig, wie es war — in dem Monat Februar, — bleibt es nun auch allerwärts — in dem Frühlingssonnen-März! — In der Sorgennot Gewirre — wird gar mancher an sich irre — kaum kann er sich Antwort geben: — lohnt sich wirklich noch das Leben? — Ja, es lohnt! Wenn auch nicht wir — pilgern durch ein Glüdesrevier, — unsern Kindern glänzt einmal — doch der Hoffnung lieber Strahl! — Sowie jetzt durch Wolkenwände — leuchten warme Frühlingstrahlen, — daß sie nach des Winters Schrecken — alles Leben neu erwecken, — daß sich zarte Knospen spreiten — und das Blühen vorbereiten, — also kommt für Deutschland auch — Zuversicht und Hoffnungshauch! — Nur nicht trauern und verzagen! — Selbst nach sturmgepeinigten Tagen — führt der Sonne blankes Leuchten — alle Harm- und Leidbeugten! — Drau'n auch um uns dunkle Schatten: — Vorwärts schreiten! Nicht ermaten! — Alle Hände fleißig regen! — Das bringt den ersehnten Segen! — Wenn am Abend wir auch stehen, — Deutschland darf nicht untergehn! — Klar den Blick und froh das Herz — ist Parole für den März! — Einmal kommt die Stunde doch, — die vom Norden reißt das Joch! — Und wer an die Sonne glaubt, — dem strafft stolz sich dann das Haupt! — Auch für uns kommt dann am Ende — eine Frühlingssonnenwende!

Wandalismus in der Kirche.

Dem Kreuzfigus der Kopf abgeschlagen.

Im Lübecker Dom ist seit längerer Zeit ein Kunstwert aufgestellt. Christus am Kreuze, über dessen Wert und Unwert in Fachkreisen viel gestritten wurde. Die Bildhauerarbeit stammt von dem Berliner Künstler Gies, der entgegen allen bisher gekannten Christusfiguren und Materien in ihrem

schmerzlichen Ton ein Werk schuf, das die Realität eines grauerhaft zu Tode gequälten Menschen in höchster Potenz veranschaulicht. Wir haben uns dem Streik über diese kirchliche Angelegenheit ferngehalten und sie als Interna der Kirchengemeinde selbst betrachtet. Immerhin haben wir den Mut des Kirchenvorstandes sich bewundert, der entgegen allem Hergebrachten seiner Gemeinde das Außergewöhnliche vor Augen führte. Der Kreuzfigus konnte schmerzliche Herzen wohl in Wallung bringen, denn was der Bildner festgebannt hatte, war mehr, als sich der Durchschnittsgläubige vom Welterlöser vorstellte. Gies' Stichel gab den Schmerz eines lebendig gekreuzigten in all seinen jammervollen Qualen wieder: den gräßlich gekrümmten Körper (ausgemergeltes Proletariat) nannte ihn geschmackvoll und zugleich verächtlich ein „Kunstkritiker“ in den „Lübecker Blättern“, womit der gebildete Herr zugleich seine schöne Gesinnung preisgab, die schmerzstarrenden Füße und Hände, die todesquellen Augen, kurz das Ganze ein Ausdruck unerhörter Pein, überlammert vom erlösenden Sitzenkranz. Unreines Erachtens ganz ein Symbol, geschaffen die Tafel der im Kriege Gefallenen zu krönen. Denn der Schmerz des Erlösers involviert so nur die Todesurteilung hunderttausender elend im Kriege Dahingegeraffter, erinnert daran, daß das Martyrium des Gottessohnes für die Menschheit bisher vergebens war — deshalb der doppelte und dreifach dargestellte Schmerzensstod des Nazareners.

Beim ersten Betrachter und beim Beschauen mit vorgefaßten Meinungen stand man dem Kunstwert fremd gegenüber. Eine große Anzahl Bibelgläubiger betrachtete es mit feindseligem Sinn, wie es ja viele kleinliche Menschen gibt, die die Wirklichkeit und die Folgen ihres oberflächlichen Tuns auslöschen möchten. Einer oder mehrere dieser schwächlichen Geister haben nun geglaubt, der Wahrheit den Kraken abbrechen und das Erinnerungssymbol eines gräßlichen Todes vernichten zu müssen. In den militärischen „Lüb. Anz.“ hieß es so, das grauerhaft Häßliche des Kreuzes dürfe nicht durch derartige Ehrenmale verewigt werden.

Am Freitag morgen wurde die Schandtat verübt, durch die Lübeck einen zweifelhaften Ruf erlangen wird. Der Kreuzer und Gotteshauswächter wußte sich unbemerkt in den Dom Eingang zu verschaffen und benutzte eine kurze Zeit des Alleinseins, um dem hochhängenden Kreuzifixus das Haupt abzuschlagen. Auch einer der goldenen Strahlen wurde abgetrennt. Es gehörte allerhand Kraft und Wahrscheinlich auch ein Beil dazu, um den massiven Kopf vom Kumpfe zu trennen. Der herabgefallene Kopf hat beim Aufschlagen auf die Ziegelsteine deutliche Spuren des Falles hinterlassen und die Dornenkrone sogar einen Teil des Steines zerplittert. Das schönste aber ist, daß der Kopf selbst verschmudert ist. Da der Kreuzifixus ziemlich hoch angebracht war, so mußte wohl eine Leiter benutzt worden sein, um die Freveltat begehen zu können.

Für die Tat selbst gibt es gar keine Entschuldigung. Dies um so weniger, als der Kirchenvorstand beschlossen hatte, von der endgültigen Aufstellung des Kreuzifixus im Dom Abstand zu nehmen. Es muß im Herzensschmerz des Verleüters schon sehr ausschauen, wenn er sich zu einer so gemeinen Handlung hinreißen läßt. Frömmigkeit und Gottesfurcht thronen gewiß nicht in derartig zuchlosen Seelen.

Siedelung und Kleingärten.

Erweiterung der Siedelung Brandenbaum, sowie Anlage einer Siedelung und Dauerkleingartenanlage auf einem Gelände des Gutes Strecknisch.

Die steigende Nachfrage nach Siedelungsland macht die Aufschließung weiterer Geländes für den Anbau erforderlich. Die letzten geringfügigen Erweiterungen der Siedelungen in Karlsdorf und an der Gärtnergasse können schon der diesjährigen Bedarf nicht decken. Für eine Erweiterung kommt nach Lage der Sachverhältnisse das zur Verfügung stehende Staatsland und die Siedelung an der Brandenbaum-er-Chaussee in Betracht, die aus dem nordöstlich angrenzenden Gelände vergrößert werden kann. Dieses Gelände wird jetzt von Kleingärten eingenommen, die nach dem nördlich davon liegenden, in der Verwaltung der Strafanstalt Lauerhof befindlichen Staatsgelände verlegt werden müssen. Mit der Verwaltung der Strafanstalt

Lauerhof ist schon eine Einigung über die Zurückgabe dieses Geländes erzielt worden. Die Parzellierung des Geländes für die geplante Siedelungserweiterung wird stark beeinflusst durch eine geplante Hauptverkehrsstraße von Hamburg nach Mecklenburg, die sich im Zuge der Waldesstrasse, Brandenbaum-er-Landstrasse und Soldatenweg quer durch das Gelände bis zur Wesloer Landstrasse und weiter hinziehen soll. Am Ende des Soldatenweges befindet sich jetzt ein Sportplatz des Arbeiter-Turnvereins, der der Durchführung dieser Hauptverkehrsstraße und der Geländeparzellierung für die Siedelungserweiterung im Wege ist und deshalb verlegt werden muß. Das kann aber erst im nächsten Jahre geschehen, wenn die Strafanstalt Lauerhof gegen Ersatz an anderer Stelle noch mehr von dem angrenzenden und von ihr bemirklichten Gelände abtreten kann. Trotzdem ist es möglich, schon jetzt etwa 43 Parzellen in der üblichen Größe von 1000 Quadratmeter frei zu machen. Die Befestigung der Straßen soll in derselben einfachen Weise erfolgen, wie sie bisher bei den Straßen der schon vorhandenen Siedelungen durchgeführt ist. Die Straßenaufkosten hierfür werden nach dem Kostenschätzung des Baubürodirektors Balzer 123 000 Mk. betragen.

Daneben soll in einer neuen Siedelung auf dem Gelände des Gutes Strecknisch weiteres Siedelungsland bereitgestellt werden. Nach Besprechungen zwischen der Baubehörde, der Finanzbehörde und der Vorsteherchaft des Heiligen Geist-Hospitals ist dazu der Teil des Gutes Strecknisch, der sich gegenüber der Heilanstalt zwischen dem Landgraben und der Mecklenburger Bahnstraße bis zur Wakenitz hinzieht, ausgetrennt worden. Von diesem Gelände muß der nach dem Hofe Strecknisch zu gelegene südliche Teil, da er von einer hochwertigen Dauerweide eingenommen wird, vorläufig noch bei dem Gute Strecknisch verbleiben. Der nach Lübeck zu gelegene Teil, der teils aus abgewirklichten Spargelfeldern, teils aus tiefliegenden Wiesen besteht, kann dagegen für eine Siedelung Verwendung finden. Soweit dieses Gelände sich für eine Bebauung eignet, ist die Aufteilung in Grundstücke von der üblichen Größe von etwa 1000 Quadratmeter vorgenommen worden. Die Zahl der so gewonnenen neuen Parzellen beträgt 104, eine Zahl, durch die der diesjährige Bedarf zusammen mit den 43 neuen Parzellen in der Siedelung Brandenbaum vollkommen gedeckt werden kann. Die Kosten für die Aufschließung dieser neuen Siedelung werden nach dem vorgelegten Kostenschätzung des Baubürodirektors Balzer 435 000 Mk. betragen.

Zwischen der geplanten neuen Siedelung in Strecknisch und der Eisenbahnstraße nach Mecklenburg befinden sich Wiesen, die von einem Entwässerungskanal durchzogen werden. Für eine Bebauung kommt dieses Gelände wegen seiner tiefen Lage nicht in Betracht, dagegen eignet es sich vorzüglich für die Anlage von Kleingärten. Die geplante Aufteilung in rund 330 Parzellen von je 400 Quadratmeter Größe ist vorgegeben. Diese Kleingartenanlage hat den Vorteil, daß sie eine dauernde bleibt, bei ihr also eine unliebsame Verlegung der Gärten wie sie bisher bei fast allen Kleingartenanlagen nötig wurde, sobald das Gelände für andere Zwecke gebraucht wurde, nicht notwendig werden wird. Um die Ueberwässerung des Entwässerungskanalens zu beseitigen und das Gelände dauernd so trocken zu halten, daß es sich für die Anlage von Kleingärten eignet, ist eine Regulierung des Entwässerungskanalens notwendig. Die Kosten dafür werden einschließend der notwendigen Ueberbrückungen über den Graben und der Baumpflanzungen 30 000 Mk. betragen.

Die Verhandlungen mit der Vorsteherchaft des Heiligen Geist-Hospitals über die Abtretung des für die Siedelung und Dauerkleingartenanlage notwendigen Geländes vom Gute Strecknisch sind zwar eingeleitet, jedoch ist ein endgültiges Uebereinkommen noch nicht erzielt worden. Da aber die Bereitstellung von neuem Siedelungslande bei der vorgeschrittenen Jahreszeit drängt, so ist der Senat bereit, die Genehmigung dieser Siedelung, vorbehaltlich der endgültigen Einigung mit der Vorsteherchaft des Heiligen Geist-Hospitals, schon jetzt herbeizuführen.

Universitätswoche Lübeck.

Vom Nachrichtenamt wird uns geschrieben: Von den neuesten Erkenntnissen der Wissenschaft ausgehend, wollen vier Vorträge der Universitätswoche auf chemischer und physikalischer

Ludwig und Annemarie.

Erzählung aus dem Ries von Melchior Meyr.

Das Ries ist ein Gau im Schwabenlande, einige Stunden nordwärts von der Donau. Der größte Teil gehört zu Bayern, der nördlichste Teil zu Württemberg. Man braucht in diesem Gau nicht geboren zu sein, sondern nur in guter Jahreszeit dahin verweilt zu haben, um ihn für einen der anmutigsten und gescheuesten in unserm Vaterlande zu halten. Wer an einem schönen Juniabend auf einer der westlichen Anhöhen steht und die von bewaldeten Hügeln umschlossene Ebene erblickt in dem glänzenden Reichthum ihrer Feldfrüchte, die alte Reichstadt Nördlingen mit ihrem hohen Turm, die fürstliche Residenz Wallestein mit dem grauen Felsen, der früher die Burg der Grafen von Wallestein trug, hier und da ein wohlgehaltenes Schloss oder ehemalsiges Klostergebäude und die Menge schmüder Dörfer, dem wird ein freundiges Gefühl überkommen: er hat nicht nur eine schöne, fröhliche Landschaft vor sich, sondern er fühlt zugleich, daß ihre Bewohner begünstigte Menschen waren und sind.

Das Ries ist eine kleine Welt und birgt eine nicht unbedeutende Mannigfaltigkeit von Lebenserscheinungen in sich. Daß es teils bayrisch, teils württembergisch ist, scheint zu seinem Wesen zu gehören. Die Bewohner zerfallen in Protestanten und Katholiken, die zerstreut durcheinander wohnen. Im protestantischen Teil, und namentlich unter den Geistlichen fanden sich vor einigen Jahrzehnten die Extremte der frommgläubigen und rationalistisch aufgeklärten Anschauung vertreten, von denen die erstere eine sehr rege Tätigkeit entwickelte. Auch Juden fanden nicht in dem wohlhabenden Landstrich. Sie sitzen an einzelnen Orten, hauptsächlich in Wallestein, in verschiedenen Abteilungen des Vermögens und Ansehens, vom reichen Kaufmann und Geldverleiher an bis herab zum Schmucker, der sich auf Märkten durch leidenschaftliche Verhandlungsversuche seinen Bedarf erkämpft. Der Dialekt ist schwäbisch in besonderer Ausbildung, an einzelnen Punkten vor alters her eigentümlich modifiziert. Nördlingen und Wallestein liegen kaum eine Stunde auseinander, und doch ist der echte Nördlinger von dem echten Wallesteiner an Mundart und Betonung sogleich zu unterscheiden. In Dettlingen, wie überhaupt an der nordöstlichen Grenze, herrscht der fränkische Dialekt. Der Menschenschlag ist arbeitssam, gewerbtätig und von gemäßigtem, vergnügtem Wesen, sehr geneigt zu Scherz und Nedelei. Man findet darunter noch viele Exemplare von jenem angenehm brülligen und komischen Gepräge, das der verständigen Ernsthaftigkeit unserer Zeit immer mehr weichen zu wollen scheint. Das schöne Geschlecht macht seinem Namen alle Ehre; auf den Dörfern begegnet man nicht nur hübschen und hüchtigen, sondern auch gar feinen und aierlichen Gestalten. Die Landstracht ist kleidsam, wenn sie mit Geschmack behandelt und von den Frauen in der Zahl der Röcke ein gewisses Maß eingehalten wird. Uebrigens greift auch hier die französische Tracht um sich, und in dem Anzug der Frauen und Töchter

wohlhabender Landleute findet sich einzelnes derselben mehr oder minder glücklich mit der Landstracht verbunden.

Der Verfasser hängt an diesem Gau mit begeisterte Liebe. Er ist darin geboren und hat in ihm die schöne Jugendzeit verleben. Als Gymnasiast und Student verbrachte er hier die glücklichsten Ferientage. In dem Alter, wo man um so reicher an poetischer Empfindung und Anschauung ist, je weniger man sie noch kunftgemäß auszudrücken vermag, lebte er das fröhliche Rieselieben mit und nahm mit nie vergebender Freude seine Eigentümlichkeiten in sich auf. Die Landschaft, von dem Duft seiner Jugendgesühle übergoßen, hat für ihn einen poetischen Reiz wie keine andere.

Schon einmal in dem ländlichen Gedicht: „Wilhelm und Rosine“, das 1885 erschien und eine Dorfgeschichte in Hexametern genannt werden kann, hat Schreiber dieses seiner Heimat in Schilderung ihres Dorflebens seinen poetischen Dank abgetragen. Er versucht es zum zweitenmal in seiner Erzählung. Nach den ersten Darstellungen von Immermann und Bertold Auerbach ist das Genre der Dorfgeschichten durch Nachahmungen bei uns in Mode und wieder aus der Mode gekommen. Aber das kann eine getrene Schilderung wirklicher Lebensverhältnisse nicht herführen. Im deutschen Volke sind noch Schätze zu haben von eigentümlicher Art und Sitte, von eigentümlichen Freuden und Leiden, von besondern Verbindungen der überlieferten Stammesbildung mit der neuen Zeitbildung. Wer von einem so bestimmten Leben ein dichteriich treues Abbild zu geben weiß, der wird empfindlichen Menschen immer Freude und Nutzen gewähren können. Das Gute wie das Böse hat immer seine Zeit; und auch Annäherungen an das höchste Ziel, wie sie dem frischen Streben gelingen, werden nicht unvollkommen sein.

Nun zu unserer Geschichte. Sie hat sich vor einer Reihe von Jahren abgetragen, wo durch die Ebene noch nicht der Dampfwaage brauste und das Leben überhaupt noch ein idyllisches Gepräge trug, wie es jetzt nicht mehr so ganz der Fall sein mag.

Der Geistliche eines Dorfes in der Nähe von Nördlingen wandelte an einem schönen Sommermorgen in seinem Garten, der hinter dem wohlgebauten, zweistöckigen Pfarrhause lag. Er hatte schon eine Zeitlang gearbeitet und wollte nun einen Gang in freier Luft machen und nach den Fortschritten der Gemüthe sehen. Da dieser Mann in den späteren Verlauf unserer Geschichte bedeutend eingreift, so wollen wir den Leser schon jetzt näher mit ihm bekannt machen. Er war ein Schöner, bei mittlerer Größe, von hübschem Ansehen und offenbar im Besitz einer stetigen Gesundheit. Aus den regelmäßigen Gesichtszügen sprach Erfahrung, Besinnung und eine heitere Freiheit des Geistes. Er hatte auf der

Universität neben den theologischen allgemein bildende Studien getrieben, als Hofmeister in vornehmen Zirkeln und auf Reisen die Welt kennen gelernt und die Laufbahn eines Geistlichen von unten auf gemacht, bis er die einträgliche Stelle erhielt, wo er nun seit zehn Jahren ein ruhiges glückliches Leben führte. Der Glaube an die Grundlehren der evangelischen Kirche war bei ihm ein Trieb und eine Forderung des Herzens, aber sein Christentum war liebevoller, freundlicher Art. Die Natur mit Feuer und Schwert austreiben zu wollen, aus einer Würde einen Gefarzen zu machen und die Gemüter durch übertriebene Forderungen zu verwirren, war nicht seinem Charakter gemäß. Er übte streng, wo es ihm klare Einsicht gebot, aber lieber schilberte er das höhere Leben in einer Weise, daß es durch seine eigene Schönheit die empfänglichen Herzen gewann. Er war mild, weil er zu unterscheiden wußte, und das Gute in der Natur und in dem Gehaben des Volkes erkannte. Als Seelsorger und im sonstigen Verkehr mit den Mitgliedern seiner Gemeinde freute er sich, jene brave Klugheit anzuwenden, welche die Menschen mit leichten Mitteln zu lenken versteht. Er war dem Scherz nicht abhold, und aus dem anmutigen Ausdruck seines Mundes konnte man schließen, daß er freundschaftliches Gepräch selber damit zu würzen verstand.

Die Sonne schien hell vom wolkenlosen Himmel. Dies hielt den Pfarrer nicht ab, den Schatten der Kastanienbäume am Haupte zu verlassen und, geschützt durch sein schwarzes Käppchen, unter dem raschen und leichten ein silbergrauer Haarbüschel hervorbrang, erst die Blumenbeete, dann auf dem grasigen Platz die reisenden Kirchen zu betrachten. Aus einem Gesicht, dessen bräunliches Rot sich von dem anderer Landbewohner durch einen feineren, geistigern Ton unterschied, sah eine innere Fröhlichkeit, die mit der Schönheit des Sommertags ganz in Harmonie war.

Als er sich eben ankündigte, unter die Kastanienbäume zurückzukehren, wurde die Tür, die vom Pfarrhause in den Garten führte, rasch aufgemacht und ein schlanker, blonder junger Mensch von etwa sechzehn Jahren ging eilig auf ihn zu. Es war kein Enkel, der Sohn seiner Tochter, die ihren Theodor dem Großvater zur Vorbildung für die letzte Klasse des Gymnasiums zugeschieft hatte. Das sonst gleichmäßig blass, durch die Sonne nur wenig gebäunte Gesicht war jetzt erhitzt und gerötet, und man sah aus allem, daß er etwas für ihn sehr Bedeutendes zu berichten hatte.

„Großvater“, rief er dem alten Herrn zu, „es ist gut, daß ich dich treffe! Drumten im Dorf — nein, es ist zu arg!“ Er hielt inne, um zu verschweigen.

Der Alte kannte seinen Mann. Er wußte, daß der junge Kopf keine eigenen Ansichten vom Leben hatte und daß manches, was damit in Widerspruch trat, ihn oft in unerfahrmäßige Aufregung versetzen konnte. Er war daher nicht erschreckt, sondern fragte ruhig: „Nun, was ist denn schon wieder?“ — „Drumten im Dorf“, erwiderte Theodor, „beim Angerbauer gibts Händel, Händel zwischen Vater und Sohn. Ich hab's selber gesehen.“ Der Alte wurde ernsthaft und eine Bewegung seines Kopfes verriet, daß ihm die Nachricht nicht ganz unerwartet kam. Er sagte: „Erzähle mir, was du gesehen hast, aber in der Ordnung.“ (Fortsetzung folgt.)

Die Erzählungen aus dem Ries (Ludwig und Annemarie — Die Lehrersbraut — Ende gut, alles gut) erschienen 1888. Ihnen folgten „Neue Erzählungen aus dem Ries“, 1890; neue Folge, 1870.

Grundlage Einblicke schaffen in die uns umgebende Welt. Es sind dies die Vorträge von Professor Kossel über den Bau des Atoms, Professor Diels über die Entwicklung der Chemie in den letzten fünfundsiebenzig Jahren, Professor Wirtz über die Fixsterne und den Bau des Weltalls und Professor Schick über das Weltbild der Relativitätstheorie.

Der Vortrag von Professor Kossel wird die neueste wissenschaftliche Auffassung vom Atom darstellen, welches früher als kleinste denkbare Einheit der Materie aufgefaßt wurde. Nach den neuesten Theorien aber bildet das Atom selbst einen Mikrokosmos, man hat sich das Atom vorzustellen als einen Atomkern, um den herum die Elektronen kreisen wie die Planeten um die Sonne.

Professor Diels wird in seinem Vortrag über die Entwicklung der Chemie in den letzten 25 Jahren einer Uebersicht geben über die großen Fortschritte, welche die Wissenschaft auf diesem Gebiet gemacht hat. Während die neue Atomlehre vor allem erkenntnistheoretischen Wert hat, haben die Fortschritte der chemischen Wissenschaft im allgemeinen eine ungeheure praktische Bedeutung. Sie wurden die Grundlage zur Entwicklung anderer chemischer Industrie, es sei nur daran erinnert, wie die große deutsche Farbenindustrie sich entwickelte dank der schöpferischen Arbeit deutscher Chemiker, oder wie es durch wissenschaftliche Arbeit gelang, den Strohstoff der Luft praktisch nutzbar zu machen.

Der Vortrag von Professor Wirtz: Die Fixsterne und der Bau des Weltalls, führt in das Gebiet der Astrophysik. Im Vordergrund der astronomischen Forschung unserer Tage steht die Frage nach dem Aufbau des Weltalls. Die Bewegungen der Sterne bilden zwar Grundlage und Ausgangspunkt der weiteren Untersuchungen, aber das Streben der Astronomie muß allgemein darauf gerichtet sein, ein Weltbild zu konstruieren, in dem unsere Himmelsbeobachtungen nur mehr als besondere, durch den zufälligen Standpunkt des Menschen im Weltall bedingte Fälle erscheinen. Darüber hinaus reicht die Frage nach der Ausdehnung des vom Menschen beherrschten Raums: gehört alles, was wir am Firmament sehen, ausnahmslos zu einem und demselben riesigen Sternensystem, das uns allein zugänglich ist, oder geht unterhalb darüber hinaus in ferne Tiefen des Raumes, zu neuen Welten, neuen Sternensystemen?

Der Vortrag von Professor Schick behandelt das Weltbild der Relativitätstheorie. Es ist bekannt, welche Umwälzung in der Betrachtungsweise die Erkenntnis Einsteins gebracht hat, und die Frage der Relativitätstheorie steht noch so sehr im Vordergrund des Interesses, daß es erübrigt, weiteres hierüber zu sagen.

Wir machen darauf aufmerksam, daß das Programm der Universitätsmode heute nochmals veröffentlicht wird (im Interenten). Das Programm ist erweitert durch einen Vortrag von Professor Friedenhamm über antike und neuere Plastik.

7 Mark 50 Pf.

Die ersten grünen Springe werden seit einigen Tagen zum Verkauf gestellt. Sie bilden ein einseitiges Gerüst, und zugleich ein billiges Gerüst. Heute ist das anders. Das Pfund Springe kostet 7½ bis 8 Mk., ein Preis, der ins Wahnsinnige übersteigt und jedes Maß vernünftig läßt. Ein Gümmerchen soll kosten 10 Pf., heute 80 Pf. Da mache sich einer einen Preis daraus. Vielleicht das Amtsblatt mit seinem Scheitern von der verfluchten Revolution.

Auflösung der Gemeinnützigen Milchversorgung.

Nach vielem Hin und Her wurde in einer Versammlung am Donnerstag abend im Gewerkschaftshaus die Liquidation dieser Genossenschaft beschlossen, nachdem über den Verkauf des Unternehmens bereits am 30. Januar entschieden worden war. Die vorgesehene Liquidation war die Fortsetzung einer im Marmorfaal vorzeitig abgebrochenen; sie wurde in Behinderung des Herrn Direktor Dietzel vom Genossen Waldburger geleitet. Herr Eichardt empfahl in längerer Rede der Versammlung den Antrag auf Liquidation, indem er den Anwesenden die Lage des Unternehmens vor Augen führte.

Von den Herren Pape, Dinter, Rehsen, K. Hefti, J. Hefti ufw. (die von der „Arbeitsgemeinschaft“ noch Tretenden sind anscheinend nicht Mitglieder) lag ein vorher eingereichter Antrag vor, die Entscheidung von der Vorlage einer Bilanz abhängig zu machen. Diesen Antrag begründeten mit mehr oder weniger — meistens weniger — Gehäl die Herren Zaedel, Hefti

Achtung, Gewerkschaftsmitgliedern und Genossinnen der S. P. D.

Am 23. März sollen im Südbayer Wirtschaftsgebiet die Betriebsratswahlen vorgenommen werden. Wenn auch das Betriebsratsgesetz uns nicht befriedigt, da es unübersichtlich und unzulänglich ist, so ist es aber doch für die Arbeiterchaft und vor allen Dingen für die Arbeiterchaft, die auf dem Boden der S. P. D. und der Arbeiterdamer Gewerkschafts-Internationale steht, von der größten Bedeutung. Es gilt für uns die Rechte wahrzunehmen, die das Betriebsratsgesetz uns gab, und gegen die das Unternehmertum mit aller Macht antritt, um sie zu beseitigen. Es gilt auch für uns zu erkennen, daß wir nur in einem zähen systematischen Ringen die Rechte des Betriebsratsgesetzes restlos verwirklichen können. Es gilt für uns, daß wir uns von der Illusion freimachen, die eigene Macht größer, die Macht des Gegners kleiner zu sehen und uns Möglichkeiten vorzutäuschen, die das reale Leben nicht kennt. So ist es in politischen, so ist es auch in wirtschaftlichen Machtkämpfen. Wir dürfen an die Stelle des mangelnden Wissens nicht den Glauben stellen. Der Vorstand der S. P. D.-Fraktion des Metallarbeitersverbandes, Ortsverwaltung Lübeck, hat in eingehender, von dem Ernst der Situation getragener, sich der Verantwortung voll bewußter Verhandlung eine Prüfung der Zusammenarbeit der S. P. D.-Betriebsräte mit denen der kommunistischen Richtung vorgenommen. Er ist zu der einmütigen Auffassung gekommen, daß ein Zusammenarbeiten auf dem Boden der realen Verhältnisse mit den Betriebsräten der K. P. D. nicht möglich ist. Er hat deshalb den am 1. März in der Nr. 51 des Volksboten veröffentlichten Aufruf an die S. P. D.-Arbeiterchaft erlassen, von der Voraussetzung ausgehend, durch den Aufruf allen unseren Funktionären nahe zu legen, an die Angehörigen der K. P. D. zwecks Auffstellung gemeinsamem Aufruf an die Angehörigen der K. P. D. zwecks Auffstellung gemeinsamem Aufruf an die Angehörigen der K. P. D. gemeinsamen Arbeit nicht heranzutreten. Der Vorstand der S. P. D.-Fraktion der Metallarbeiter ergeht alle Genossen und Genossinnen, die Auffstellung gemeinsamem Aufruf abzulehnen. Er kommt zu diesem Entschluß auf Grund der Erfahrungen, die im letzten Jahre in den verschiedensten Betrieben in der Zusammenarbeit mit der K. P. D. gemacht worden sind. Er erinnert weiterhin daran, daß es im vorigen Jahre die K. P. D. war, die der Aufforderung der Spitzorganisationen, die Wahlvorschlüsse zu den Betriebsräten nicht durch das Hineintragen politischer Gegensätze zu einem Zerbröckeln der Geschlossenheit der Arbeiterchaft zu machen, nicht Folge leistete, vielmehr unter Nichtachtung der gemeinschaftlichen Interessen sich ihre Handlungsweise ausschließlich von politischen Gesichtspunkten diktiert sah.

Heute pfeift der Wind aus einem anderen Loch. Ihre geringere Bedeutung erkennend, versucht die K. P. D. durch schärfste Betonung der Einheitsliste in diesem Jahre ihr Geschäft zu machen. Die S. P. D.-Arbeiterchaft hat keinerlei Veranlassung, der Illusion durch freiwilliges Ueberlassen von Sitzen in den Betriebsräten der Deutschnation vorzutäuschen, als stelle die K. P. D. in unserem Wirtschaftsgebiet einen Machtfaktor dar.

Genossen und Genossinnen! Die Einigkeit der Arbeiterchaft wird am meisten dadurch gefördert, daß wir unseren geraden Weg der tatsächlichen, auf die realen Zustände aufgestellten Tätigkeit fortsetzen. Deshalb empfehlen wir, jedes Zusammengehen mit den Anhängern der kommunistischen Partei abzulehnen.

Genossen und Genossinnen! Arbeiter wie in der von uns als richtig erkannten Weise weiter, dann wird der Erfolg uns nicht verjagt bleiben.

Mit sozialistischem Gruß

Der Vorstand der S. P. D.-Fraktion der Südbayer Metallarbeiter.

und Pape. In umständlicher Rede erläuterte Herr Zaedel den Unterschied zwischen einer Aktien-Gesellschaft und einer Genossenschaft, um dann die Einsetzung einer Kommission zu fordern, die die Geschäftsführung und die Bilanz prüfen solle. Nach ihm unterhielt Herr Hefti in zusammenhangloser Rede die Versammlung mit allerlei Gerüchten und Mutmaßungen; er sprach von eingeworfenen Fenster Scheiben, von einseitiger Berichterstattung durch die Presse ufw. Aus dem „Volksboten“ hat er z. B. herausgeholt, daß dieser für die kapitalistische Milch-A. G. eintrat. (Genosse Hefti lagte ihm später in dieser Beziehung das Erforderliche.) Nach ihm der spiritus rector der „Opposition“, Herr

August Pape. Er verteidigte mit rohtiger Klinge seine Zeitungsinterate, die Herr Eichardt als Pamphlete bezeichnet hatte. Waren seine Ausführungen auch stark auf das Persönliche abgesehen, so waren sie immerhin sachlicher als jene im Marmorfaal.

Den Rednern antwortete Herr Eichardt. Durch ihn wurde man, wie er sich hinter der „Opposition“ steckt: der „Südbayer Bürgerbund“. Dessen Vorsitzender, Herr Prof. Grube, lud nämlich den Vorstand der „Gemeinnützigen“ zu der öffentlichen Versammlung nach den „Zentralhallen“, für die allerding am nächsten Tage Herr August Pape als Einberufer galt. (Man wird sich entsinnen, daß den Vorsitz jener Versammlung Herr Dietrich führte.) In breiter Offenheit erklärte er dort die Angelegenheiten und Abie der Genossenschaft mit dem Erfolge, daß alsbald die Genossenschaft für Milchverwertung (die eng mit der Hanja-Meierei liiert ist) der „Gemeinnützigen“ die Milch in Tankenab weggeschickte und in Schmelz daselbst versetzt wird. Wenn also jetzt der Auf „Wübbes Milchverwertung in Gefahr!“ eine gewisse Berechtigung hat, so kann die Bevölkerung sich bei denen bedanken, die glaubten, die ureigenen Gelegenheiten einer Genossenschaft der Öffentlichkeit und damit der Konkurrenz unterbreiten zu müssen. (Wer diese Kreise sind, ist oben gesagt.) Die Ausführungen des Herrn Eichardt ergänzte wirkungsvoll Genosse Hefti, der u. a. erklärte, lieber als die Monopolstellung der Hanja-Meierei sei ihm das Bestehen einer kapitalistischen Konkurrenz, die die „Gemeinnützigen“ nie würde bilden können. Er wies ferner darauf hin, daß es dem „unpolitischen“ Bürgerbund vorbehalten blieb, in den Streit politische Gegensätze hineinzutragen. Herr Bruhn trat für den Antrag des Vorstandes ein und betonte, daß es fröhlich mache, die Opposition von einer Gruppe ausgehen zu sehen, vor deren sozialem Verständnis man bisher wenig Rücksichtswertes gehört habe.

In der dann folgenden Abstimmung beteiligten sich 921 Mitglieder. Für die Liquidation stimmten 770, dagegen ganze 147, 4 Zettel waren ungültig. Die Dreiviertel-Mehrheit war also weit überschritten. Recht bald waren dann Herr Pape und Anhang verschwunden, so daß er nicht einmal mehr in die beantragte Kommission gewählt werden konnte. Diese leitete sich nunmehr zusammen aus den Herren Bruhn, Jaedel und Hille, zu Liquidatoren bestimmte man die Herren Heise, Eichardt, Merkel und Waldburger.

Achtung, Maurer und Hilfsarbeiter. Die Sperrre über die Firma Grams u. Co. ist, nachdem die tariflichen Löhne anerkannt sind, aufgehoben. Der Vorstand d. Bauarbeiterverbandes.

Die Gewerbesteuerreform. Der von der Bürgerschaft zur Prüfung eingesetzte Ausschuss beantragt, dem Nachtrag folgende Fassung zu geben: Der Gewerbesteuer sind nicht unterworfen: Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften sowie Vereine und Gesellschaften, sofern sie sachungsgemäß und tatsächlich ihre Tätigkeit auf den Kreis ihrer Mitglieder beschränken und keinen Gewinn unter die Mitglieder verteilen, auch eine Verteilung des aus dem Gewinn angeammelten Vermögens unter die Mitglieder für den Fall der Auflösung ausschließen. Die Bürgerschaft hat auf Antrag von H. Puls beschlossen, dem Antrage ihres Ausschusses mit der Einschränkung zuzustimmen, daß die Worte „und keinen Gewinn unter die Mitglieder verteilen, auch eine Verteilung des aus dem Gewinn angeammelten Vermögens unter die Mitglieder für den Fall der Auflösung ausschließen“ weggelassen werden. Der Beschluß ist mit einfacher Mehrheit gefaßt. Die Vorlage bedarf daher noch einer zweiten Lesung. Der Senat ist, um die Sache zur Erledigung zu bringen, bereit, dem Beschluß der Bürgerschaft zuzustimmen, wenn in der von ihr in erster Lesung angenommenen Fassung die Worte „sowie Vereine und Gesellschaften“ gestrichen werden. Würden diese Worte stehen bleiben, so würde bei der letzten Möglichkeit der Vereins die Gefahr der Umgehung des Gesetzes bestehen. Der Senat ersucht die Bürgerschaft, dieser Abänderung beizustimmen.



(1934)

Die Willensfreiheit.

Von Hans Hartwald.

Unter Determinismus versteht man die Anschauung, daß alles Wollen und Handeln der Menschen, genau so wie jedes Ereignis überhaupt, unzweifelhaft bedingt ist, daß es also keinen freien Willen gibt. Unter Indeterminismus versteht man die umgekehrte Ansicht, daß der einzelne Mensch freier Herr seines Willens sei. Wie alle folgerichtige Philosophie, bekennt sich auch der wissenschaftliche Sozialismus zum Determinismus. Bei dem Streit um die Willensfreiheit handelt es sich nicht etwa um die Frage, ob der Mensch tun kann, was er will. Das leugnet niemand. Selbstverständlich kann der Mensch, wenn er nicht durch äußere Gewalt, etwa durch Ketten oder Kerker, oder durch körperliche Schwäche daran gehindert ist, tun, was er will. Die Frage ist vielmehr, ob der Mensch will, was er will, was er will. Ein mittelalterlicher Arbeiter kann, wenn er will, langsam oder schnell verarzgen, kann zur Arbeit zu gehen. Will keine, durch erheblichen Selbstverleugungsdruck und durch die menschliche Gesellschaft erzeugte Notlage zwingt ihn, selbst unangenehme Arbeit lieber zu tun, als den Hunger zu leiden. Kann der Mensch die Freiheit des Willens als das Vermögen, eine Reihe von Handlungen von selbst anzufangen. „Von selbst“ bedeutet ohne vorhergehende Ursache oder ohne Notwendigkeit.

Kann jenseits man sich vor, der Mensch könne irgend eine Handlung ohne Notwendigkeit vollziehen. Wie soll eine solche Handlung zustandekommen? Man wird finden, daß von zwei Menschen, die sich in Not befinden, der eine nicht, der andere nicht. Man wird finden, daß von zwei diebisch veranlagten Menschen, von denen der eine reich, der andere arm ist, zwar der Arme, aber nicht der Reiche diebstiehlt. Zwei ähnlich veranlagte Menschen müssen unter gleichen Umständen auch ähnlich handeln. Zwei ähnlich veranlagte Menschen werden unter verschiedenen Umständen auch verschieden handeln. Zwei verschieden veranlagte Menschen werden auch unter gleichen Umständen verschieden handeln. Damit ein diebisch veranlagter nichtdiebischer Mensch nicht diebstiehlt, mußte er entweder nicht in Not oder nicht diebisch veranlagt sein. Er ist aber in Not und ist diebisch veranlagt, folglich muß er diebstählen. Es konnte das Geben unterlassen, wenn er wollte. Er muß aber diebstählen wollen, weil das Zusammenwirken innerer und äußerer Umstände, der inneren diebischen Veranlagung und der äußeren Not, den Willen zum Diebstahl in ihm festgesetzt haben. Wenn so steht es mit allen ethischen und unethischen Handlungen des Willens und Handelns, mit Diebstahl und Genuß, mit normaler und krankhafter Geschlechtsliebe, mit Tapferkeits- und Feigheits-Handlungen, Ehemal.

Kann jenseits jemand auf die Idee verfallen, den Beweis dafür, daß er wollen kann, wie er wollen will, dadurch zu erbringen, daß er sein Vorhaben ändert. Einer versteht unter Willensfreiheit die Abhängigkeit von äußeren Umständen. Man dem Scheitern dieses Willens zu widerlegen, bleibt er nun aber zu tun. Damit beweist er gar nichts. Er wollte sprechen gehen.

da trat ein neuer freier Willen bestimmender Umstand hinzu, der Wunsch, die Willensfreiheit zu beweisen. In dem Glauben, dies dadurch zu können, daß er zu Hause bleibt, folgt er diesem neuen Vorhaben, weil ein infolge seines Dranges, die Willensfreiheit zu widerlegen, und seines Glaubens, dies durch weiteren Aufenthalt in seinem Heim zu können, die zwingenden Ursachen seiner geänderten Absichten bilden.

Sehr gut sagt Schopenhauer in seiner im Jahre 1839 erschienenen Preischrift: „Ueber die Freiheit des Willens“: „Ich kann tun, was ich will, ich kann, wenn ich will, alles, was ich habe, den Armen geben, aber ich vermag nicht, es zu wollen, weil die entgegenstehenden Motive viel zu viel Gewalt über mich haben, als daß ich es könnte. Hingegen, wenn ich einen anderen Charakter hätte, und zwar in dem Maße, daß ich ein Heiliger wäre, dann würde ich es wollen können. Dann würde ich auch nicht anhin können, es zu wollen, würde es also tun müssen.“

Ueber das Wollen und Handeln der Menschen entscheiden also zwei Faktoren: Die angeborene Charakteranlage und das äußere Schicksal, nicht nur die Erziehung im engeren Sinne, also etwa die Summe pädagogischer Maßnahmen durch Eltern, Vormünder und Lehrer, sondern die Erziehung durch alle erlebten Ereignisse von der Wiege bis zum Grabe. Da niemand sich seine Charakteranlage oder sein äußeres Schicksal selbst gegeben hat, gibt es also auch keine freien Willen.

Kann hat die Frage aufgeworfen, ob sich mit der Erkenntnis der Willensfreiheit das juristische Strafrecht verträgt, und weiter, ob man sich selbst und andere für sein Tun und Lassen verantwortlich machen kann, wenn man die Willensfreiheit anerkennt. Die Menschen sind zu verurteilen, daß sie, auch wenn sie Deterministen sind, sich und andere moralisch und juristisch verantwortlich machen. Es gehört dieses Verantwortungsgefühl zum Anpassungsprozess der Menschheit an die natürlichen und sozialen Lebensbedingungen. Das Bewußtsein des Menschen, moralisch und juristisch verantwortlich gemacht zu werden, gehört zu den bedingten Umständen, die auf den Willen der Menschen einwirken. Schon der griechische Philosoph Zeno aus der antikerischen Stadt Ekha hatte die Willensfreiheit geleugnet. Immanuel Kant prügelte er keinen Sklaven, als dieser ihn befreiten wollte. Der Sklave, der die Theorien seines Herrn kannte, rief ihm zu: „Es ist mein Schicksal, zu bleiben.“ Darauf antwortete der Philosoph: „Und geißelt zu werden.“ Der Determinist wird in praktischem Leben nicht davon abgehen, Menschen, die nicht gesetzlich gebunden sind, zur Verantwortung zu ziehen, falls sie mit Bewußtsein gesündigt haben. Aber er wird auf Grund seiner Erkenntnis, daß es einen wirklichen Schuldigen nicht gibt, das Strafmaß so milde wie möglich gestalten. Er wird sich der Anschauung des römischen Philosophen Seneca anschließen: „Kein verantwortlicher Mensch straft, weil gesündigt worden ist, sondern damit nicht gesündigt werde.“ Weiter gilt dem Deterministen die Strafe als gerechte Vergeltung noch als eine Sühne, welche eine Strafe ist. Für ihn kommt die Strafe nur in Frage als Mittel, um einen unfähigen Charakter sozial ungeschaffen zu machen.

oder als Mittel, einen Gefährlichen durch Einschließung ungefährlich zu machen und endlich durch die Strafanstalt möglichst viele Menschen vom Verbrechen und Vergehen abzuhalten. Andere deterministische Weltanschauungen erleichtern uns den Kampf um die Abschaffung der Todesstrafe und gegen grausame Strafmethoden überhaupt. Unsere Selbsterziehung vermittels der Arbeiterbewegung dient dem Zwecke, unser künftiges Verhalten im Sinne proletarischer Klassenmoral zu regeln, nicht dem Zwecke, uns unfruchtbarer Reue über Vergangenes zu ergehen. Hier folgen wir dem Spruch aus Goethes „Iphigenie auf Tauris“: „Das Leben lehret uns, mit uns und anderen weniger streng zu sein.“

Wenn Klassenbewußte Abtreiber der proletarischen Klassenmoral entsprechend handeln, so tun sie es nicht, weil sie den Willen haben, über einen freien Willen zu verfügen. Sie tun es vielmehr, weil die proletarische Massenbewegung in ihnen Solidaritätsgefühl wachgerufen hat, so daß sie nicht nur egoistischen Trieben, wie Selbsterhaltungstrieb, Geschlechtstrieb, sondern auch altruistischen Trieben, wie Kameradschaftlichkeit und dem Wunsch, der Menschheit zu dienen, folgen.

Die Erkenntnis von der Willensfreiheit ist dem Proletarier leichter als dem Bourgeois. Der Proletarier steht den meisten Volksgenossen gleich. Er versteht mit Massen. Er beobachtet, daß die Stimme menschlichen Willens und Handelns als das Resultat eines durchschnittlichen Willens und Handelns der Menschen aufgefaßt werden kann. Er bemerkt, daß die Extreme ungewöhnliche Bosheit und außerordentliche Selbstlosigkeit, bewundernswürdige Genie und gleichsam polizeiwidrige Dummheit sich beim Gesamthandeln der Menschheit gegenwärtig abwechseln. Dies erleichtert dem Proletarier die Erkenntnis der Willensfreiheit, während dem Bourgeois, der nur in seiner Klasse zu verkehren pflegt, die gesellschaftlichen Massenerscheinungen unerkennbar zu bleiben pflegen. Vor allem aber drängt sich durch die Not, die zur Arbeit zwingt und eine unwillkürliche Lebensgestaltung ausschließt, die Erkenntnis der Willensfreiheit auf, während dem Reichen, der sich beschäftigen kann wie er will, der Bahn der Willensfreiheit leicht anhaftet. Es kommt hinzu, daß der Indeterminismus grausame Strafen zum Schutze der Reichen, sei es gegen Verbrecher, sei es gegen die Arbeiterbewegung, zu rechtfertigen vermag. In Schillers „Wallenstein“ heißt es von den Taten und Gedanken der Menschen:

Sie sind notwendig wie des Baumes Frucht, Sie kann der Zufall gaudelnd nicht verändern, Hab ich des Menschen Kern erst unterzucht, So kenn ich auch sein Wollen und sein Handeln.

Es genügt aber nicht die Erkenntnis vom Charakter des Menschen, von seines Wesens Kern, sondern es ist auch die Kenntnis der materiellen Bedingungen der Gesellschaft erforderlich, um Rückschlüsse auf Wollen und Handeln der Menschen zu ziehen. Der historische Materialismus wäre falsch, wenn es eine Willensfreiheit gäbe. Der Determinismus gehört zu den Vorsetzungen des historischen Materialismus.

Deutschvolksparteiliche Telegramme.

Ueber die Flaggenangelegenheit des Stinnesdampfers im pader Hafen verbreitete die Telegraphen-Union folgendes Telegramm:

Lübeck, 2. März. (T. U.)

Der Kapitän des Dampfers „Anni Hugo Stinnes VI“ ist in einer Polizeifrist von 1500 Mk. genommen worden, weil er bei seiner Ankunft im Hafen die alte deutsche Handelsflagge gesetzt hatte. Werftarbeiter der Schiffsverleiher von Henri Koch hatten den Kapitän bei der Polizeibehörde denunziert. Der Kapitän hat wegen der Bestrafung gerichtliche Entscheidung beantragt.

Ueber diese hundsgemeine Abfassung schreibt das „Berliner Tageblatt“: „Recht interessant ist die Form, die die angeblich ganz neutrale Telegraphen-Union dieser Meldung gibt. Sie läßt die Werftarbeiter, die die Verletzung des Gesetzes pflichtmäßig meldeten, als „Denunzianten“ erscheinen und den Kapitän, der seine verantwortliche Stellung von einer Demonstration gegen die Republik mißbraucht, als das Opfer dieser Denunziation.“

Von der unter Stinnescher Oberhoheit stehenden Teil-U. läßt sich auch nicht viel anderes erwarten. Der Großkapitalismus korrumptiert mit seinem Gelde das öffentliche Leben und beherrscht es zu seinen Gunsten. In diesem Beispiel kann man den Wert der Protekte ermessen, die die Reeder, Handelsgewaltiger und die ihre teile Presse in der Flaggenfrage künstlich entfachten.

Der Kopf des Kreuzifigus gefunden. Den eifriger Nachforschungen der Kriminalpolizei ist es durch eifriges Absuchen des Landes in der Nähe der Domkirche gelungen, den Kopf des Kreuzifigus im Mühlenteich an der Mühle zu entdecken. Der Kopf befindet sich noch in gutem Zustande und ist an der Nase etwas beschädigt. Unverständlich ist es, daß der Täter den Kopf, der etwa 80 Pfund schwer ist, so leicht entfernen konnte.

Der Güterverkehr von Lübeck nach Kopenhagen und Südschweden, der durch Eis vorübergehend unterbrochen war, geht aber in vollem Umfang wieder aufgenommen ist. Ist seit vier Monaten so stark, daß regelmäßig vier Expeditionen wöchentlich von Lübeck dorthin stattfinden. Der Südgüterverkehr ist größer als er in den Vorkriegsjahren zu sein pflegte. Einen großen Anteil am Verkehr haben die hochwertigen Industrieprodukte: Maschinen- und Maschinenteile, Werkzeuge, Manufakturwaren, Uhren, Instrumente, Bücher, Papier, Porzellan, Glaswaren, elektrotechnische Produkte, Lederwaren, Schokolade, Drogen und Chemikalien. Daneben gelangen alle Arten Eisen und Stahl, Bleche und Röhren, Band- und Stabeisen usw. zum Versand. Die Güter kommen aus dem westdeutschen Industriegebiet, allen Teilen Mittel- und Süddeutschlands, Schlesien, Sachsen, Berlin; ferner aus dem Saargebiet, Elsaß-Lothringen, der Schweiz, Desterreich und der Tschechoslowakei. Durch Einlegung der erforderlichen Extradampfer und schnelle Weiterleitung der Güter war eine glatte Abwicklung des Verkehrs stets möglich.

Wiedereröffnung des Schiffsverkehrs auf dem Elbe-Trave-Kanal. Die Aufteilung des Elbe-Trave-Kanals ist beendet. Am 3. März ist bereits der erste Schleppzug wieder von Lübeck zur Elbe gegangen. Der Wiedereröffnung des regelmäßigen Schiffsverkehrs zwischen den Elbehäfen und Lübeck stehen somit auf dem Elbe-Trave-Kanal keine Schwierigkeiten mehr entgegen.

Die Nordische Gesellschaft in Lübeck, welche die in der Nordischen Woche gelegten wirtschaftlichen und kulturellen Fundamente zu einer festgefühten Brücke auszubauen am Werke ist, hatte zu Donnerstag abend für ihre erste öffentliche Veranstaltung die Mitglieder der Gesellschaft und Freunde ihrer Bestrebungen in den großen Saal der Gemeinnützigen Gesellschaft geladen. Senat und Bürgerchaft, die Behörden, die Gewerkschaften, der Handel und die Industrie, wissenschaftliche und künstlerische und bildungspflegerische Vereinigungen hatten ihre Vertreter entsandt. Das Programm der Versammlung war: Die einzelnen Aufgaben der Nordischen Gesellschaft auf den verschiedenen Gebieten darzulegen; Mitglieder des Kuratoriums hatten die Referate übernommen; es sprachen Senator Dr. Kalkbrenner über die Vorgeschichte der Nordischen Gesellschaft, Handelskammerpräsident Dr. Keibel über ihre wirtschaftlichen Aufgaben, der liter. Sekretär der Gesellschaft Franz Fromme über nordische Literatur und Theater, Bibliotheksdirektor Dr. Bieth über Lübecks Beziehungen zu nordischen Buchwesen, über Ausstellungen und über die Rolle der nordischen Akademie und Verleger für die deutsche Wissenschaft, speziell für die Lübecker Bibliothek; Oberstudienrat Dr. Schwarz beleuchtete einige wichtige Schulprobleme, die unsere Beziehungen zu den nordischen Völkern zu fördern geeignet sind (Schüleraustausch usw.); Museumsdirektor Dr. Heise skizzierte unsere künstlerischen Wechselbeziehungen zu den nordischen Ländern und entwarf einen Plan für Ausstellungen, die mit Hilfe der Nordischen Gesellschaft in die Wege geleitet werden sollen. Der Präses der Handelssammer Herr Boie schloß mit einem ungewöhnlichen Appell an die Gebetsfreudigkeit, da die Gesellschaft ohne hartes finanzielles Rückgrat die weitanschauenden kulturellen Pläne nicht verwirklichen könne. Die künstlerischen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Zwecke der Gesellschaft verdienen die größte Beachtung.

Preis- und Gewichtsauszeichnung beim Brotverkauf. Trotz wiederholter Warnungen haben einzelne Händler Brot mit Untergewicht verkauft. Das Polizeiamt weist darauf hin, daß in den Verkaufsräumen sowohl Preis wie Gewicht des Brotes deutlich ausgezeichnet werden muß.

Die Frauengewerbeschule, Johannisstr. 64, läßt für Sonntag, den 12. und Montag, den 13. März, zu einer Ausstellung in ihren Räumen ein. Sie will einen Ueberblick geben über Schönerarbeiten der Lehrlinge für Kochen und Backen, Hausarbeit, Webarbeiten, Schneider, Handarbeit und der Kindergarten-Arbeit. Die Arbeiter der hauswirtschaftlichen Jahresfeier, die vom Besuch der Allgemeinen Fortbildungsschule für Mädchen befreit sind, in einem besonderen Raum zusammengestellt. Die Ausstellung dürfte besonderes Interesse haben, da die Schule seit mehreren Jahren keine derartige Veranstaltung getroffen hat. Besonders sei sie den Eltern empfohlen, deren Töchter Ostern die Schule verlassen.

Das Zentraltheater in der Johannisstraße bemüht sich nach Möglichkeit, den Besuchern ihres Theaters nur gute und einwandfreie Bilder zu zeigen. Trotz aller Sach- und Fachkenntnisse kommt es auch einmal vor, daß minderwertige Filme durchdringen. Gegenwärtig ist das Programm, welches nur bis Montag läuft, vorzüglich zusammengesetzt, daß es wohl alle Besucher befriedigt. Der Film: „Die Sonne Mjens“ soll bildlich dem Kinobesucher den unerhörten Druck zeigen, unter dem Asien, namentlich durch England, jahrzehntelang zu leiden hat. Bei Kennern asiatischer Verhältnisse herrscht aber der Glaube vor, daß auch nach Beendigung der Okkupation Mjens Völker sich bald mit Europa wieder verständigen werden. „Der Wagnersrüfing“, in dem Henry Ge, der als Dr. Kuen-Li in dem Filmwerk „Die Herren der Welt“ mitwirkte, in einer großen Rolle auftritt. Welt namentlich durch die gute Darstellung berühmter Künstler. Ein recht amüsantes Lustspiel beschäftigt das reichhaltige Programm.

Berichtigung. In dem in Nr. 41 unseres Blattes gebrachten Bericht über die Seeamtverhandlung muß es nicht heißen, die Firma Knack & Lehmann, sondern Knopf & Lehmann.

Hinweise auf Verksamlungen, Theater usw.

Achtung! Betriebsräte, Betriebsobleute, Baubelegte, freigewerkschaftliche Vertrauensleute in Werksbetrieben. Am Mittwoch, dem 3. ds. Mts., abends 7 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus eine Betriebsrätevollversammlung statt. In dieser Versammlung sollen die Betriebsräte zu der bevorstehenden Unternehmungswoche und die Beteiligung der Betriebsräte an dieser Stellung nehmen. Das Erscheinen aller Obengenannten ist erforderlich. Der Vorsitz hat.

Stadttheater. Am Sonntag abend zum letzten Mal: „Die Fledermaus“. Dem Ellenstein singt Herr Kammerfänger Penke, den Alfred Herr Wigger. Im Dienstag-Abonnement wird „Pyrrhus“ erstmalig wiederholt.

Angrenzende Gebiete.

Segeberg. 8000 Mark Zoll für 7 Pfund Tabak! Ein in Wiemersdorf wohnender Landmann erhielt von seinem Bruder, der in Transvaal weilt, obiges Quantum Tabak zugesandt. Der Bruder bat, wenn der Zoll zu hoch sein sollte, ihm dies mitzuteilen, dann wolle er das Geld schicken. Er dürfte aber sicher erschrecken, wenn er von der hohen Zollsumme Kunde erhält.

Nendeburg. Eine Köpeniade. Am Donnerstag kamen zu dem Schweinehälter Groth in Hanerau zwei Männer, die angeblich Schweineschrot beschlagnahmen wollten. Die Männer haben sich als Kriminalbeamte aus und ließen beim Verhandeln durchblicken, daß es ihnen nur auf Geld ankäme. Da Groth hierauf nicht eingehen wollte, nahmen sie ihn fest, um mit ihm zusammen die im Reitmoor befindliche Schweinehälterei zu durchsuchen. Nachdem Groth einen Scheck über ungefähr 66000 Mk. ausgestellt hatte, sind die beiden Männer mit Groth zu dem Gemeindevorsteher in Oldenbüttel gegangen, haben ihn dort fesseln lassen, um angeblich die Untersuchung fortzusetzen. Den von Groth ausgestellten Scheck übergaben sie dem Gemeindevorsteher, dem sie den Scheck in einem unbewachten Augenblick aber wieder stahlen. Unter Mitnahme eines kleinen Zweifelhafwertes sind sie dann verschwunden.

Schwerin. Butter und Eier werden billiger. Aus Dömitz und einigen anderen Orten Mecklenburgs kommt die erfreuliche Nachricht, daß die Landleute gute Butter das Pfund mit 32 Mk. und Eier das Stück mit 1,80 Mk. verkauft haben. Es scheint, als ob die Preise in nächster Zeit noch ganz bedeutend zurückgehen werden, da das Auslandsangebot größer geworden ist. Auch in Schwerin ist ein geringes Nachlassen der Eierpreise zu verzeichnen.

Theater und Musik.

Stadttheater.

Donnerstag, 2. März.

Lystra. Lustspiel in 2 Akten von Aristophanes, bearbeitet von Leo Greiner.

Die griechische Komödie war für das offene Theater geschrieben; Greiner nahm ihr Unmögliches und zog sie leicht ins Intime. Die Aufführung wurde dieser Forderung nicht gerecht genug; sie war zu geistig, zu bunt — erinnerte zu sehr an die notwendigen größeren Mittel der Reinhardt-Bühne. Stets wird die Wirkung von Lystra künstlich sein, trotz der etwas verborgenen Fabel. Die Frauen Griechenlands sind des langen Krieges überdrüssig und beschließen, den Frieden zu erzwingen durch Frauenstreik. Der Erfolg ist glänzend und unterhaltsam.

Die alte Dichtung war eine Lobalroteste; für Athen geschrieben, mit stehenden Typen des griechischen Lustspiels: Vögtler, Spartaner usw. Unser Interesse an solcher vergröberten Satire auf die Nachbarräuber ist gering; deshalb konnte Kitz Stengel als Vampiro nicht gefallen. Die Lystra der Billig kann nur ausgezeichnet, Ganzleistung aber hat Emma Opel; diese Rolle ist stark getönt zu ertragen, und im Zusammen spiel Moran (Kinesias) und Cl. Niemann-Heilmann. Lobend zu erwähnen wären noch Friedrich Janßen (Ratsherr) und W. Walter-Böhre (Schreiber).

Die Aufführung litt an einem beträchtlichen Mangel an Einheitslichkeit, lehnte sich an positive Groteske und Kreiske auch Overette. Der szenische Aufbau war zweckmäßig und geschmackvoll. Einige Fehler in der Aussprache fielen auf.

Aus aller Welt.

Eine Stadt in Konkurs. Die städtischen Körperschaften der Kleinstadt Thamsbrüd bei Langensalza ersuchen, bei der Aufsichtsbehörde Umwandlung der fast tausendjährigen Stadtrechte in die einer Landgemeinde zu beantragen. Der Grund besteht darin, daß die Stadt ihre wenigen Beamten, für deren Besoldung nach den Vorschriften 100000 Mark erforderlich sein würden, nicht mehr bezahlen kann. Als Landgemeinde käme sie mit dem vierten Teil dieses Betrages aus.

So sehen sie aus! In der Waldenburger Zählstelle des Bauarbeiterverbandes besteht die Leitung aus Kommunisten. Dementsprechend erscheinen auch die Beramlungsberichte in der Breslauer kommunistischen „Arbeiterzeitung“. Aus dem letzten Bericht verdient folgender Satz entschieden einem größeren Referat bekannt zu werden, als ihr die „Arbeiterzeitung“ hat. Es heißt da: „Die Waldenburger Kollegen sind jedenfalls nicht gewillt, 50 Pfennig von jedem Hauptlastenbeitrag für die Sozialisierung zu opfern“. — Das heißt den Kommunisten ähnlich! Mit dem Maul „kämpfen“ sie für die Sozialisierung, weil Phrasen nichts kosten. Kostet es aber etwas, dann zum Teufel mit der ganzen Sozialisierung! Die Brüder sind sich überall gleich!

Eine Wasserperre bei Freiburg durchbrochen. Der im Gebiet des Seidens liegende Kommenmattweiber ist gestern infolge des starken Wasserdrucks als einer Folge der Schneeschmelze ausgefallen. Ungefährliche Wassermengen bedrohen das Elektrizitätswerk Gunberg, das bisher aber noch gehalten werden konnte. Das Dorf Büchsan hat schweren Schaden gelitten, ebenso das Sägemühl bei Büchsan. Große Mengen Baumstämmen wurden zu Tal geführt. Zahlreiche Ärden und Stege wurden zerstört. Verluste an Menschenleben sind bisher nicht bekannt geworden.

Der Fußball in der Erbsenjuppe. Das Fußballspiel in den Straßen hat in Forzhelm zu einem tragikomischen Zwischenfall geführt. Der „Forzheimer Anzeiger“ berichtet darüber: „Abnungslos sah eine Familie in der Güterstraße bei Tisch; die große Suppenkühler war gerade aufgetragen und eben wollte der Hausherr das Anjehare, die schöne Erbsenjuppe zu verteilen — da geschah das Unjehare, das Unvorhergesehene. Mit gewaltigem Gekirre der in Trümmer sinkenden Fensterscheibe kam ein großer Fußball ins Zimmer geflogen und — fuhr mitten in die Erbsen, die nach allen Richtungen hin verstreuten. Der Familienvater wurde ohndreien noch an beiden Händen durch Glassplitter verletzt. Die Fußballspieler, dembüchsen er, sind besorgten Faßit, machten sich zwar aus dem Staub, doch sie sind erkannt und harten neben einer gelsatzenen Kostenrechnung noch der Strafe wegen groben Unjugs.“

Ein Doppelmord auf dem Säntis. Aus Zürich wird der „Köln. Ztg.“ gemeldet: Oben auf der Spitze des Säntis, in der einsamen Höhe von 2500 Meter, verjüngte der Wetterwart Haas aus Appenzell mit seiner Frau pflichteifrig seit einigen Jahren seinen schweren Dienst. Wöchentlich brachte ihnen ein Träger etwas Proviant nach ihrer Einöde von Schnee und Eis, und

gleichzeitig Kunde von ihren beiden Kindern, die unter der Sorge guter Freunde anvertraut waren. Man sollte es für unmöglich halten, daß diese kleine, so weit von allem Erdentubel entfernt liegende Hütte gegen Mörderhand nicht gefeit war! Allerdings kam gerade diese völlige Weltabgeschiedenheit dem oder den Tätern zustatten, denn sie wußten, daß niemand sie in ihrer schüchtern Abkist, mit Raub und Mord die hehre Gebirgsweilt zu schänden, hindern, niemand den armen Opfern zu Hilfe eilen konnte. Nur durch einen Talweg droht war das tief eingeschneite Häuschen mit den Talbewohnern verbunden. Als diese tagelang ohne Nachricht blieben, dachten sie natürlich zunächst an eine Störung in der Leitung, wie sie bei solcher, jedem Wetter ausgeheilten Lage nicht weiter überraschen kann. Aber schließlich machte sich der Träger doch auf den mühlamen Weg. Wie der Neuen Zürcher Zeitung berichtet wird, fand er draußen nur noch zwei Tote! Haas lag in seinem Blute draußen, die Frau im Stationsgebäude. Anjehelnd waren beide erschossen. Als Leichen wird man den Wetterwart und seine treue Gefährtin aus der Einsamkeit des ewigen Schnees hinuntertragen zu der verwasteten Kindern. Die Entzückung und Erbitterung in der ganzen Schweiz, namentlich in den östlichen Kantonen, ist grenzenlos, und es wird sicherlich das Meijerke aufgehoben werden, um den oder die ruchlosen Mordduben zu fassen, deren Spur leider in dem Neuschnee verlorengegangen ist. Eine Abordnung der Gerichtsbehörden ist bereits nach dem Säntispfjel unterwegs, um weitere Nachforschungen anzustellen. Vorläufig ist ein Steckbrief gegen einen Schuhmacher namens Kleinwintner, angeblich ein ehemaliger Ausländer, sowie gegen einen Metzger Müller erlassen, da sie im Verdacht stehen, an dem grausigen Doppelmord beteiligt zu sein. Ersterer, der sich in Geldverlegenheit befand, soll auf dem Säntis gesehen worden sein, wo er Haas angebetelt haben soll. In der Geschichte der schweizerischen Hochwarten steht die fürchterliche Tat einzig da.

Sport.

Bürgerliche „Sportsmänner“.

Die bürgerlichen Sportvereine auf der Suche nach guten Spielern aus Arbeiter-Sportkreisen!

Vor längerer Zeit war es dem Lübecker Ballspielverein gelungen, einen guten Spieler aus der 1. Mannschaft des A. T. B. heranzuziehen. Wohl alle Sportler Lübecks, nicht nur die Arbeitersportler, haben damals angenommen, daß der Spieler durch Geldmittel zu dem Schritte demogen sei. Aber es konnte nichts Bestimmtes festgestellt werden. Auch ein Herr Hornmann (Gut Sei) hatte ein besonderes Interesse, um etwas Positives festzustellen, damit er dem A. T. B. „ein Schnippchen schlagen“ könne. Nun hat kürzlich der Verein „Gut Heil“ zwei Spieler des A. T. B. 1 aufgefordert, ihre Sitzung zu besuchen. Nach einigem Ueberlegen gingen auch beide hin. Hier war auch der Herr Hornmann mitanwesend. Auf beide Genossen wurde nun eingerebet, sie möchten sich doch bei „Gut Heil“ aufnehmen lassen, um in ihrer „Ligamanschaft“ zu spielen. Es wurde den beiden verschiedentlich vorgeamelt, wenn sie in „Gut Heil“ wären, und mal arbeitslos würden, würden die Mitglieder des „Gut Heils“, welche in allen möglichen Behörden und Betrieben einflußreich wären, dafür sorgen, daß sie sofort irgendwo als Bote usw. untergebracht würden, was aber jetzt doch nicht möglich wäre und sie bei einer event. Stellungsuche lange laufen könnten.

So versucht man, gute Spieler aus den Arbeiterkreisen herauszuziehen. In bürgerlicher Sportkreise ist überhaupt die erste Wöl der Arbeiter-Turnvereins schon aufgeteilt. Aber es bleibt bei dem Wunsch der Vater des Gedankens. Wenn es auch kürzlich dem A. f. A. geglikt ist, einen Spieler des A. T. B. heranzuziehen, wir trauern keinem nach, der vergißt, was er ist. Wir können nur überzeugte Mitglieder gebrauchen, einerlei, ob das gute oder schlechte Spieler sind, wir betreiben Sport, um den Körper zu fühlen, und letzteres nicht, um wieder kriegsbrauchbare Menschen zu bilden.

Fußball-Abteilung des Arbeiter-Turn- und Sportvereins Lübeck.

Am Sonntag, dem 5. März, nachmittags 3 Uhr, findet auf der Falkenwiese ein interessantes Bezirksfußball-Wettspiel statt. Gegner sind A.T.B. II gegen Abt. Marii I. Freunde des Arbeitersports besucht dieses Spiel. Ferner macht die Abteilung Marii auf den am Sonnabend, dem 11. März, im Gewerkschaftshaus stattfindenden Ball aufmerksam. Auch hier wird um rege Beteiligung gebeten. (18860) E. Sch.

Das Wetter der Woche.

Von der Lauburgischen Wetterwarte in Müll.

Der milde, vorfrühlingsmäßige Witterungscharakter mit zeitweisen Niederschlägen hat sich bis heute durchgekehrt und wird nach unseren Untersuchungen — worauf wir bereits im letzten Wochenbericht hinwiesen — auch noch zunächst andauern, auch in der nächsten Woche. (5. bis 11. März einschü.) Somit hat die über W.- bis K.- und Mittel-Europa herrschende Druckverteilung, durch welche obige Wetterlage bedingt wird, im allgemeinen dieselbe Gestaltung wie in der Vorwoche. Von ozeanischen Tiefdruckgebieten, die in der Umgebung der britischen Inseln in die Erde einziehen, (im W. und NW.) gehen nach SD. und D. Abzweige aus, die unserem Bezirke milde, wasserdruckreiche Luft zuführen und starke Wolkenbildung sowie zeitweise verbreitete Niederschläge veranlassen, besonders im ersten und letzten Drittel der Woche. Um den 6. und 11. d. Mts. erwarten wir mit stärkeren atmosphärischen Störungen, deren zentralen Teile sich NW.- und Deutschland mehr nähern, in Wechselwirkung mit einem Hochdruckgebiet über dem kontinentalen SD.- und S.-Europa ein hartes Druckgefälle zwischen dem SD. und NW., später S. und N., das sich durch stürmische SD.- bis SW.-Winde (W.) bzw. SW.- bis NW.-Winde (N.) ausdrückt. Der Küstenbereich der Nord- und Ostsee hat zeitweise vollen Sturm aus SW. bis NW. Hier treten auch Gewittererscheinungen auf. Nachfröste sind auch im Binnenland selten. — Im einzelnen: 5. März: Tags ziemlich mild, zunächst sonnig, nachmittags vorwiegend trübe, stark aufziehende SD.- bis S.-Winde, Temperatur erhöht; zunächst meist trocken, später Regenschauer. 6. März: Mild, trübe, starke bis stürmische SW.- bis W.-Winde, verbreitete öftere Regenschauer. 7. März: Unbeständig, meist starkwolkig, böige, starke W.- bis NW.-Winde, häufig Regen- und Graupelchauer. 8. März: Wenig Veränderung bei sinkender Luftwärme. Binnenland stellenweise Nachfrö. 9. März: Volkig mit zeitweiser Sonnenschein, böige N.- bis NW.-Winde. Vereinzelt Regenschauer. 10. März: Zunächst trübe mit Regen, später aufflarend, aufziehende SW.-Winde, milder. 11. März: Stärkere Wetteränderung bemerkbar. Bei frischen bis starken, an der Küste stürmischen SD.- bis SW.-Wind, zunächst sonnig und trocken, später bedeckt mit verbreiteten, ergiebigen Regenschauern. Küstengebiet Gewitterbildung.

Inferate

finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des wertigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im Lübecker Volksboten.

